

mo

MAGAZIN FÜR MENSCHENRECHTE NR. 36

SOS
MITMENSCH

2,50€
DABON 1,25€
FÜR KOPFPORTAGE

Magazin für Menschenrechte 3/2014, September/Oktober/November 2014, Herausgeberin: SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien, www.sosmittmensch.at



Streitgespräch:
SCHULMEISTER (WIFO)
VS. WALLNER (IV)

Salzburg
BETTELN IN DER
FESTSPIELSTADT

Flüchtlingsunterbringung
EIN DACH ÜBERM KOPF?

WANN KOMMT

STEUER- GERECHTIGKEIT?

Was hilft, das nervt manchmal

Ein großer Teil dieser Ausgabe des MO-Magazins für Menschenrechte wird mittels Straßenkolportage vertrieben.

Straßenkolportage hilft den Menschen, die die Zeitung verkaufen. Denn bei den KolporteurInnen handelt es sich ausnahmslos um bedürftige Menschen. Für sie ist jeder dazuverdiente Euro eine wichtige Hilfe im Kampf ums existenzielle Überleben.

Straßenkolportage leistet einen wichtigen Beitrag zur Medienvielfalt in Österreich. Österreich

braucht eine lebendigere Medienlandschaft und unsere Gesellschaft braucht eine Vielfalt an Perspektiven.

Straßenkolportage hilft SOS Mitmensch beim Vertrieb seines Menschenrechtsmagazins.

Wir wollen mit dem MO zu einer offeneren, demokratischeren und lebendigeren Gesellschaft beitragen.

Straßenkolportage nervt aber auch manchmal. Es gibt Situationen, in denen man keine Lust hat, eine Straßenzeitung unter die Nase gehalten zu bekommen. Es gibt Situationen, in denen KolporteurInnen zu hartnäckig ihrem schwierigen Geschäft nachgehen oder sich nicht korrekt verhalten. Und es gibt nichtautorisierte VerkäuferInnen und BettlerInnen, die ihr Glück mit einem MO in der Hand versuchen.

Wir nehmen jede Beschwerde sehr ernst. Wir führen Schulungen durch und versuchen den Austausch mit den KolporteurInnen zu intensivieren. Aber all das ist natürlich keine absolute Garantie dafür, dass es nicht da oder dort doch zu Fehlverhalten kommt. Was uns allerdings immer wieder sehr positiv bewegt, ist die Tatsache, dass sich fast alle Menschen, die sich über das Verhalten einzelner KolporteurInnen beschwerten, solidarisch mit dem SOS Mitmensch Kolportage-Projekt erklären. Viele sprechen auch ein großes Lob für die Qualität des MO-Magazins für Menschenrechte aus.

Daher steht es für uns außer Frage, dass wir unser Straßenzeitungsprojekt weiter führen möchten. Unsere Bitte an Sie: Kaufen Sie unsere Zeitung nur von KolporteurInnen, die den MO-Ausweis sichtbar tragen. Und wenn Sie das Verhalten eines Kolporteurs oder einer Kolporteurin unangemessen finden, dann schicken Sie uns eine Nachricht an:

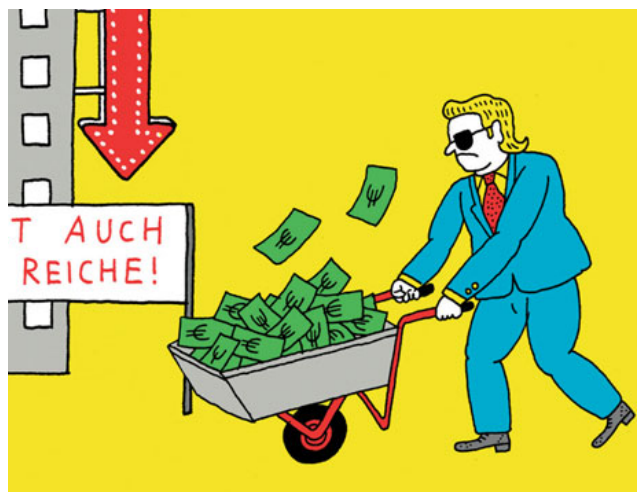
office@sosmitmensch.at

Danke.



JETZT SPENDEN!

PSK: IBAN AT87 6000 0000 9100 0590, BIC OPSKATWW



Steuergerechtigkeit.
Illustration: Jochen Schievink / www.jochenworld.de

Liebe Leserin Lieber Leser

Ob der Rücktritt Michael Spindeleggers, der wenige Stunden vor Drucklegung von MO alle Ämter abgab, etwas am Patt in der Steuerreform ändert, bleibt abzuwarten. Fakt ist, dass Österreich eine nie dagewesene Ungleichheit von Eigentum erlebt. Die Universität Linz hat berechnet, dass das Vermögen österreichischer Haushalte extrem konzentriert ist. Der Studie zufolge besitzt ein Prozent der Bevölkerung mehr als ein Drittel (38 Prozent) des gesamten Privatvermögens. Dass diese Entwicklung kein Zufall ist, sondern ein strukturelles Phänomen, hat übrigens auch Star-Ökonom Thomas Piketty in seiner Publikation „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ (Rezension in dieser Ausgabe) erstmals empirisch belegt. Die ÖVP hat sich bislang aber trotz drohender sozialer Verwerfungen erfolgreich gegen eine Reichensteuer verehrt. Und dem Koalitionspartner SPÖ scheint es bislang nicht gelungen zu sein, eine Mehrheit der Bevölkerung von der Notwendigkeit einer Vermögenssteuer zu überzeugen. Viele Menschen fürchten offenbar, sie könnten mit ein paar Tausendern am Konto selbst zur Kasse gebeten werden. Die Superreichen und Konzerne dürfen sich über diese Form der Klientelpolitik freuen. Wie verhärtet die Fronten zwischen den Regierungspartnern sind, zeigt sich auch im Streitgespräch dieser Ausgabe, bei dem Clemens Wallner (IV) und Stephan Schulmeister (WIFO) ihre Argumente darlegen. Der inhaltliche Durchbruch ist bei dieser MO-Runde zwar nicht gelungen, das Gespräch macht aber auf eindrückliche Weise sichtbar, welche Philosophie sich hinter den jeweiligen Positionen verbirgt. Die Stärkung der Realwirtschaft versus des Finanzkapitals und der Abbau staatlicher Leistungen vs. der Vorzüge eines starken Sozialstaates sind dabei nur zwei Positionen, die die Großkoalitionäre voneinander trennt. Die Kosten für den Reformstillstand zahlt die Mehrheit, das steht bereits jetzt fest.

Spannende Momente wünscht
Gunnar Landsgesell



Foto: Daniel Shaked



Foto: Salzburg © Tourismus Salzburg GmbH



Foto: Karin Wasner

Einstieg

3 EDITORIAL

4 INHALTSVERZEICHNIS

7 HANDLUNGSBEDARF

Österreichs Integrationspolitik: von der Verwertbarkeit bestimmt?

Kommentar: Alexander Pollak

Dossier Steuergerechtigkeit

8 WIE GERECHT IST UNSER STEUERSYSTEM?

Hitzige Debatte: WIFO-Experte Stephan Schulmeister und Clemens Wallner, wirtschaftspolit. Koordinator der IV.

Moderation: Thomas Seifert

14 DAS KAPITAL IM 21. JAHRHUNDERT

Starökonom Thomas Piketty hat die Dynamik ungleicher Eigentumsverhältnisse erstmals empirisch nachgewiesen.

Rezension: Martin Schürz

16 STEUERN IN SICHERE GEWÄSSER

Steuern „vermeiden“ wie die Großen: Ein Orientierungsleitfaden am Beispiel von IKEA, ZARA und Co.

Text: Stefan Kraft

17 IMPRESSUM

18 DAS BRINGT DOCH NICHTS

Die Initiative *Wege aus der Krise* hat die Argumente gegen eine Vermögenssteuer überprüft.

Rest der Welt

20 BETTELN IN DER FESTSPIELSTADT

Salzburg hat ein Problem mit BettlerInnen. Ein runder Tisch brachte erste Ergebnisse.

Reportage: Wilhelm Ortmayr

24 EINE NEUE WILLKOMMENSKULTUR

Seit einem Jahr betreibt der Österreichische Integrationsfonds die Welcome Desks für Zuwanderer. Alles nur PR?

Text: Sonia Melo

26 DURCH DIE WÜSTE

Zwei Jahre war Emmanuel Mbolela auf der Flucht aus dem Kongo. Nun hat der Polit-Aktivist ein Buch darüber geschrieben.

Interview: Gunnar Landsgesell

29 DACH MIT BETT

Ohne Spenden würde die Grundversorgung zusammenbrechen. Ein Blick auf die Fakten von

Clara Akinyosoye

32 AUS DEN KATAKOMBEN DER STADT

In Bukarest leben Hunderte Jugendliche auf der Straße oder im Kanalsystem. NGOs wie die Concordia versuchen, sie da rauszuholen.

Reportage: Eva Bachinger

Rubriken

37 FRAU BOCK

Frau Bock ist rekonvaleszent. Ihr Verein arbeitet nach Leibeskräften weiter.

38 KOLUMNEN

Martin Schenk über versiegelte Räume und SUVs.

Philipp Sonderegger über die neue Kriegssprache

Clara Akinyosoye: My way or highway - So funktioniert das mit der Integration.

40 MEDIEN

Wienwoche; eXotic kitchen Kochbuch; Steuergerechtigkeit von Nicola Liebert.

41 SPOTLIGHT

Der Filmemacher Gerald Igor Hauzenberger folgte für sein neues Projekt „Last Shelter“ der Refugee-Bewegung.

Portrait: Gunnar Landsgesell

43 2 X 5

Was bewegt Ion Paun, MO-Zeitungsverkäufer?

45 SOS MITMENSCH ...

Zehn Fragen an den Verfassungsschutz

46 ANDERE ÜBER ...

Die Islamwissenschaftlerin Amira Hafner-Al Jabaji über die Vorschläge des Grünen Politikers Efgani Dönmez.

this human world 2014

4. DEZ.
BIS 13. DEZ.

INTERNATIONAL HUMAN RIGHTS
FILM FESTIVAL

TOPKINO | SCHIKANEDER
GARTENBAU | FILMCASINO | BRUNNENPASSAGE

www.thishumanworld.com



Alle Menschen sind frei und gleich
an Würde und Rechten geboren.

TAXI 40100

taxi40100.at



Brillen.manufaktur [®]

1070 Wien, Neubaugasse 18
Mo-Fr 10.00–18.30 Uhr, Sa 10.00–17.00 Uhr
www.brillenmanufaktur.at



Zu Risiken und Nebenwirkungen von Populismus lesen Sie kritische Medienberichte und bewahren Sie ein gesundes Misstrauen gegenüber PolitikerInnen, die Ihnen das Blaue vom Himmel versprechen.

HANDLUNGSBEDARF INTEGRATIONSPOLITIK

Verwertbarkeit als Maxime

Österreichs Integrationspolitik bewegt sich in einem engen Rahmen. Die Bedürfnisse der betroffenen Menschen hat sie vielfach nicht im Blick.

Kommentar: Alexander Pollak

Geht es nach Integrationsminister Kurz, dann wurde in den vergangenen Jahren „ein Integrationsturbo gezündet“. Auch der Vorsitzende des von Kurz bestellten Expertenrats für Integration spricht davon, dass die Integrationspolitik in Österreich „Tritt gefasst“ habe. Unabhängige BeobachterInnen sehen das anders. In einer internationalen Studie der Bertelsmann-Stiftung landet Österreich, was die Rahmenbedingungen für MigrantInnen betrifft, nur auf Platz 32 von 41 Ländern.

Ein Grund für die große Diskrepanz zwischen positiver Selbst- und deutlich kritischer Außenwahrnehmung liegt wohl im Begriff „Integration“ selbst. Dieser lässt sich mit vielerlei Bedeutungen aufladen. Er kann für Chancen, Rechte, Perspektiven, Beteiligungsmöglichkeiten oder auch für Kontrolle, Unterordnung, Selbstaufgabebereitschaft und Verwertbarkeit stehen.

Ein Blick in den Integrationsbericht 2014 gibt Auskunft über die Bedeutung von „Integration“ in Österreich. Perspektiven für alle hier ankommenden Menschen zu schaffen, ist offenbar kein Ziel der Integrationspolitik. Gerade jene Gruppe, die am meisten Unterstützungsbedarf hätte, wird im Integrationsbericht nicht einmal erwähnt: Asylsuchende. Ihnen Bildung, Qua-

lifikation und Arbeitssuche zu ermöglichen, wird nicht angestrebt.

Zugehörigkeit und demokratische Beteiligung sind ebenfalls keine prioritären Integrationsziele. Dass viele hier geborene Kinder vom Staat als „Fremde“ angesehen werden, die erst die Staatsbürgerschaft erwerben und den Beweis erbringen müssen, dass sie gleichwertige BürgerInnen sein können, stört den Expertenrat nicht. Auch dass immer mehr hier lebende Menschen von den Wahlen ausgeschlossen sind, wird im Integrationsbericht nicht thematisiert. Auch das Wort „Doppelstaatsbürgerschaft“ kennt der Bericht nicht.

Der ökonomische und politische Nutzen von MigrantInnen

Dominiert wird der Bericht von einem anderen Wort: Deutsch. Dem (wichtigen) Erlernen von Deutsch wird eine Dimension verliehen, die andere Fragen – etwa jene nach der sozialen Durchlässigkeit im Bildungsbereich – aus dem Blickfeld drängt. Die schulische Frühselektion von Kindern im Alter von zehn Jahren wird nicht als Problem benannt. Schulmodelle für neu ankommende Jugendliche zu entwickeln, die beides ermöglichen – rasch Deutsch zu ler-

nen und in einen regulären Klassenverband eingebunden zu sein –, hat keine Priorität, ebenso wenig Maßnahmen im Bereich der Mehrsprachigkeit.

Vieles deutet darauf hin, dass die österreichische Integrationspolitik nicht Chancen, Rechte oder Perspektiven als Leitmotiv hat, sondern nur auf eine doppelte Verwertbarkeit abstellt: die ökonomische Verwertbarkeit von MigrantInnen und die politische Verwertbarkeit der Integrationspolitik in einem von Nationalismus, Mono-Identitätsdenken und auch Rassismus geprägten Umfeld.

Diese Verwertbarkeitslogik lässt Raum für einige Themen, wie etwa die Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse, die Anpassung der Rot-Weiß-Rot-Karte an reale Erfordernisse oder eben den Erwerb der deutschen Sprache. Andere wichtige Problembereiche und Bedürfnisse bleiben außerhalb des Radars oder werden gar konterkariert.

Ein Ausbruch aus diesem engen Rahmen ist notwendig. Im Herbst wird der von SOS Mitmensch gegründete Alternative ExpertInnenrat seinen neuen Maßnahmenkatalog für eine umfassende Migrations-, Integrations- und Gleichstellungspolitik präsentieren.



Illustration: Petja Dimitrova



DAS IST IHR FATALISMUS!

Wie gerecht ist Österreichs Steuersystem? Über Erbschaftssteuer, die Nöte der Realwirtschaft und das Primat der Politik liefern sich WIFO-Experte Stephan Schulmeister und Clemens Wallner von der Industriellenvereinigung eine hitzige Debatte.

Moderation: Thomas Seifert
Fotos: Daniel Shaked

Seifert: Herr Wallner, was halten Sie davon, eine Vermögenssteuer einzuführen, wenn im selben Ausmaß die Lohn- und Einkommensteuer gesenkt wird? Würde das die Mitglieder der Industriellenvereinigung nicht zufriedenstellen?

Wallner: Nein, denn erstens haben wir schon eine hohe Lohnsteuer und Abgabenquote in Österreich. Zweitens ist die Frage, was man als Vermögen bezeichnet. In der Volkswirtschaft gibt es keinen Faktor Vermögen. Da gibt es den Faktor Arbeit und den Faktor Kapital. Und bei beiden muss ich dafür sorgen, die Produktivkräfte zu wecken. Vermögen ist nichts anderes als das, was aus der Arbeit oder dem Kapital in besteueter Form auf ein Konto kommt. Das noch einmal zu besteuern, würde einer Doppelbesteuerung entsprechen.

Seifert: Na ja, von meinem Gehalt muss ich ja auch Mehrwertsteuer bezahlen, und auch das, was ich von meinem Gehalt kaufe, wird besteuert. Da fragt mich ja auch niemand ...

Wallner: Ja eben, damit haben wir eigentlich eine Vierfachsteuer: Man würde die Vermö-

gensentstehung besteuern, den Ertrag, dann noch einmal die Substanz und in der letzten Stufe den Konsum. Insofern finde ich die Debatte über die Vermögenssubstanzbesteuerung etwas unehrlich. Viel ehrlicher wäre es zu sagen: Gut, man möchte den Faktor Kapital stärker besteuern. Dann könnte man die KESt. (Kapitalertragsteuer, Anm.) von 25 auf 35 Prozent anheben. Das lehnen wir zwar ab, aber das wäre jedenfalls eine faire Debatte. Und ich ersuche auch, in der Debatte nicht zu vergessen, dass Vermögen in privaten Händen für eine Volkswirtschaft sehr dienlich ist: um den Staat zu finanzieren, wenn er Budgetdefizite machen muss, oder auch, um Unternehmensinvestitionen zu finanzieren. Sofern man – anders als etwa in Griechenland – nicht das Ausland dafür verwenden will.

Schulmeister: Dass man zwischen den Vermögensarten unterscheiden muss, da kann ich dem Herrn Wallner durchaus folgen – was das Realkapital betrifft. Das ist jenes Vermögen, das dem Produktionsprozess dient. Finanzkapital würde ich aber sehr anders einschätzen. Bei Adam Smith wird ganz klar unterschieden zwischen den Kapitalisten und den Rentiers. Die einen ziehen

aus dem Sozialprodukt nur kraft des Besitzes etwas ab, die anderen kraft ihrer unternehmerischen Tätigkeit. Und wenn ich mich nicht ganz irre, dann ist die Haupttendenz für die Transformation unserer Marktwirtschaften in den letzten 40 Jahren eben genau diese gewesen, dass sich die Anreizbedingungen für Unternehmertum durch instabile Finanzmärkte ständig verschlechtert haben. Deshalb haben die Unternehmer selbst, insbesondere die großen, begonnen, nur wenige Kredite zwecks Realkapitalbildung aufzunehmen, und sind stattdessen auch auf die Finanzmärkte gegangen. Das ist klar ersichtlich an der sogenannten Geld-Vermögens-Rechnung, wo wir sehen, dass der Unternehmensektor überwiegend Finanzvermögen akkumuliert.

Wallner: Aber nicht in Österreich.

Schulmeister: Nein, aber in den großen Industrieländern.

Wallner: In manchen ...

Schulmeister: Nein, in allen großen: in Deutschland, Frankreich, England, den USA. Und an dieser Entwicklung muss das



Wallner: Es gibt genügend Landwirte, die wenig Einkommen, aber ein riesiges Vermögen haben, bis hin zu Adeligen, die ein Schloss zu bewirtschaften haben, denen aber das Geld dafür fehlt.

System zugrunde gehen. Wir befinden uns in einem Prozess der Selbstzerstörung, da mache ich mir keine Illusionen. Und da lasse ich mir von keinem Wirtschaftsforscher einen Aufschwung aufschwätzen, das ist eine Fata Morgana: Weil in einem System, in dem unternehmerische Tätigkeit im Vergleich zur Finanzalchemie auf allen Ebenen – auch auf der steuerlichen Ebene – so sehr benachteiligt wird, entsteht folgende Situation: Es wird immer mehr Finanzvermögen gebildet, das keine realwirtschaftliche Deckung hat. Die höchste Form davon sind die Staatsschulden. Das heißt, diejenigen, die jetzt Staatsanleihen haben, glauben, das ist Vermögen, also Finanzkapital. Aber die werden sich wundern. Und genau deshalb müssen unternehmerische Aktivitäten durch die Systembedingungen wieder viel stärker gefördert werden. Das setzt allerdings politisch voraus, dass die Unternehmensvertreter begreifen, dass sie vor 40 Jahren, als sie schrittweise den Neoliberalismus als ihre Ideologie adoptiert haben, leider aufs falsche Pferd gesetzt haben: weil die neoliberale Ideologie immer im spezifischen Interesse des Finanzkapitals wirksam war,

und nicht im Interesse des Unternehmers. Die Stoßrichtung von Milton Friedman oder von Hayek war: „Weg mit der Regulierung der Finanzmärkte“ und „Weg mit dem System fester Wechselkurse“ und „Weg mit der Stabilisierung des Zinsniveaus unterhalb der Wachstumsrate durch die Geldpolitik“, sie war für die Liberalisierung aller Finanzmärkte. Jetzt fährt das System langsam, aber sicher an die Wand.

DER NEOLIBERALISMUS IST NICHT AUTOMATISCH SCHLECHT. C. WALLNER

Wallner: Interessant, dass hier das Pickelr Neoliberalismus verwendet wird. Wenn man zurückschaut in die 40er Jahre, dann war man eher Richtung Ordoliberalismus orientiert, der eben keine zügellose, freie Marktwirtschaft wollte, sondern einen Staat, der die ganz großen Tugenden der Marktwirtschaft festigt, also Wettbewerb ermöglicht und Kartellbildungen verhindert. Und genau daraus ist der Neoliberalismus entstanden.

Schulmeister: Na, na ...

Wallner: Oh ja! Also der Neoliberalismus ist nicht automatisch schlecht. Aber Sie haben recht: Wenn ich Staatsanleihen kaufe, bin ich nicht sicher, was ich einmal dafür bekomme. Und bei Aktien bin ich noch weniger sicher. Das ist etwas, was die Finanzmärkte kennzeichnet. Dann frage ich mich aber schon, warum dann eine Steuer auf eine Substanz eingehoben wird, die man kaum bewerten kann? Die Finanzmärkte sind extrem volatil, für eine Aktie, die ich besitze, bezahle ich heuer möglicherweise Steuer, und das nächste Jahr ist sie viel weniger wert. Dasselbe gilt auch bei Immobilien. Wenn die keinen Ertrag abwerfen, brauche ich Cash, um mir das leisten zu können. Deshalb möchte ich bei den Erträgen ansetzen. Erst wenn aus diesen Vermögen ein Ertrag erwirtschaftet wird, kann der Staat zugreifen. Das tut er heute ohnehin schon, wir haben fast acht Milliarden Euro an vermögensbezogenen Steuern in Österreich, von der Versicherungsteuer bis zur Bankenabgabe, die eine reine Substanzsteuer ist, von den Kapital-



Schulmeister: Bei der Industriellenvereinigung und der Wirtschaftskammer glaubt man immer noch, dass man aus Geld mehr Geld machen kann. Das ist ein Irrtum.

ertragsteuern bis zu Grunderwerbsteuern. Wozu also auch noch die Besteuerung der Vermögenssubstanz?

Schulmeister: Also die Unternehmer würden sich einen großen Gefallen tun, wenn sie einer bescheidenen Vermögenssteuer von sagen wir 0,5 Prozent mit einem hohen Freibetrag und unter Ausschluss des unternehmerischen Vermögens zustimmen. Das würde der Wirtschaft und den Unternehmern etwas bringen und helfen, den Karren nicht noch tiefer in den Dreck zu manövrieren.

Seifert: Haben wir in Österreich nicht ein Missverhältnis bei Taxes on Property? Laut OECD-Daten sind diese mit 0,6 Prozent sehr gering im Vergleich zu viel liberaleren Staaten wie den USA oder Großbritannien. Was tun wir also, wenn es sich nicht mehr lohnt, in Realkapital zu investieren, weil hier die steuerliche Belastung viel höher ist und viel zu gering auf Vermögen? Denn wenn jemand 50 Hektar Grund und drei Villen am Fuschlsee hat, dann garantiere ich Ihnen, dass er ein

hohes Einkommen haben wird. Das heißt, ich treffe den Richtigen.

Wallner: Also ich wage zu bezweifeln, dass es da viele gibt. Es gibt genügend Landwirte, die wenig Einkommen, aber ein riesiges Vermögen haben, bis hin zu Adligen, die ein Schloss zu bewirtschaften haben, denen aber das Geld dafür fehlt. Der springende Punkt für uns ist aber, dass Vermögen auch eine

DIE NEOLIBERALEN HABEN VOR 40 JAHREN AUF DAS FALSCHGESETZT. S. SCHULMEISTER

Produktivkraft ist. Es geht darum, Anreize zu setzen. Wenn Sie sagen, die Property Tax ist in anderen Staaten so hoch, dann müssen Sie sehen, dass es sich dabei zu 80 Prozent um Grundvermögen handelt. Das kann man natürlich besteuern, aber warum auch das Finanzvermögen? Wir haben in Österreich ja nicht das Problem, dass wir ein zu hohes Finanzvermögen haben. Wir haben ein Netto-Finanzvermögen, das knapp über 100 Prozent des BIP liegt, da sind wir weit

hinter anderen Staaten. Wir haben auch ein sehr geringes Immobilienvermögen und wir haben eine Eigentümerquote bei Immobilien in Österreich, die unter 50 Prozent liegt. Das gibt es nur in Deutschland und in Österreich, weil wir in Österreich eben einen sehr starken Sozialstaat haben. Da brauche ich mir wenig private Altersversicherung aufbauen, wenig für meine Gesundheit oder Bildung ansparen. Dafür brauche ich in anderen Staaten viel Privatvermögen. Ich bin ein Befürworter des Sozialstaates, die Frage ist nur, wie er auch effizient sein kann.

Seifert: Jetzt bewegen wir uns etwas vom Thema weg, aber Sie verlangen, dass die Ausgaben zurückgefahren werden, sind aber gegen Vermögenssteuern? Man muss doch auch die Tax Balance verändern.

Wallner: Für uns sind das kommunizierende Gefäße. Wenn ich mir ein Vermögen aufgebaut habe, dann stammt das doch irgendwo aus einem Ertrag ...

Schulmeister: Na gut, also die Grundempfehlungen der Industriellenvereinigung

bestehen darin, dass der Staat seine Aktivitäten zurückfahren soll, dass er effizient ist ...

Wallner: Nein!

Schulmeister: Aber die Staatsquote wollen Sie schon senken, oder nicht?

Wallner: Wir wollen die Staatsquote senken und auch Effizienz bei gleichen staatlichen Leistungen ...

Schulmeister: Ja ja, das ist ein Teil jener Therapie, die von der Europäischen Union vor 20 Jahren in ein Regelwerk gegossen wurde: mit den Maastricht-Kriterien. Dahinter steckt die Vorstellung, dass im Zweifelsfall die freien Märkte den Einsatz der Produktionsfaktoren besser regeln als das System Politik. Das bedeutet nichts anderes als die Entmündigung des Systems Politik und, wie das Hayek auch ehrlich ausgesprochen hat, eine Unvereinbarkeit mit der Demokratie. Das Problem ist, dass bei der Steuerung ökonomischer Prozesse letztlich nur ein System das letzte Sagen hat. Früher hat man vom Primat der Politik, dem Primat der Demokratie gesprochen. Die Grundidee der Neoliberalen ist natürlich, dass der freie Markt es besser macht. Diese Vorstellung wird aber durch das, was auf den freien Märkten passiert, empirisch auf geradezu groteske Weise desavouiert. Hier werden systematisch falsche Preise gebildet, die Aktienkurse verdreifachen bis vervierfachen sich in einer Zeit, in der die Realwirtschaft Europas in der schwersten Krise seit den 30er Jahren steckt. Das ist durch kein Modell der Welt rationalisierbar. Aber die herrschende Wirtschaftstheorie tut immer noch so, als seien das nur Unfälle. Irgendeinmal sollte man aber doch die Schlussfolgerung aus der Empirie ziehen, dass Rohstoffpreise, Aktienkurse, Wechselkurse, Zinssätze manisch-depressiven Schwankungen unterliegen und Unternehmertum systematisch beschädigen. Aber immer noch glaubt man, dass man aus Geld mehr Geld machen kann, das ist ein Irrtum. Das versuche ich der Industriellenvereinigung und der Wirtschaftskammer seit 20 Jahren zu erklären.

Seifert: Warum hört man nicht auf Sie?

Schulmeister: Weil man irrigen Modellen folgt. Man hat sich jenen Ideologien zuge-

wandt, die sagen, der Sozialstaat und die Gewerkschaften sind letztlich das Übel. Man verfolgt eine irrationale Sparpolitik, anstatt die Wirklichkeit zu beobachten: Denn die Staatsverschuldung ist ja exakt in den Staaten am stärksten gestiegen, die am meisten gespart haben. Nehmen Sie Deutschland, dort hat man zum Teil sogar die Sozialausgaben erhöht und eine vergleichsweise gute Entwicklung erlebt. Oder die USA, wo man erkannt hat, dass es Blödsinn ist, in der jetzigen Situation zu sparen. Die Amerikaner haben das Arbeitslosengeld massiv erhöht, während man es in Europa kürzt. Die USA haben nicht nur die Zinsen massiv gesenkt, sondern auch eine expansive Fiskalpolitik betrieben, der Staat hat also zweieinhalb Jahre lang Konjunkturprogramme gefahren und so die öffentliche Beschäftigung angekurbelt. Damit konnte man auf die massive Verunsicherung der privaten Haushalte und der Unternehmen reagieren und die Gefahr einer wirtschaftlichen Depression abwenden, während Europa in einer Depression verharrt. Mit Erfolg: Laut jüngsten Prognosen der Europäischen Kommission werden wir im Jahr 2015 das Niveau von 2008 erreichen – da liegen die USA dann schon um 12 Prozent darüber.

Wallner: Aber die Zurückhaltung bei den Investitionen rührt ja nicht daher, dass die Konjunktur im Abschwung ist, sondern weil die Unternehmen kein Vertrauen mehr in die Politik haben. Die Politik in Österreich setzt Maßnahmen, die nicht langfristig angegedacht werden. Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren bei ihren Sparpaketen mehrfach angekündigt, dass sie 70 Prozent ausgabenseitig konsolidieren will und 30 Prozent durch Einnahmen. Heute ist genau das Gegenteil der Fall. Wir können bei den Staatsausgaben bei mindestens 4 Prozent des BIP effizienter sein. Brauchen wir weiterhin vier Wetterdienste, neun Statistikämter, müssen wir weiterhin die Lohnverrechnung ...?

Schulmeister: ... aber die Annahme, dass ein Budget durch Einsparung konsolidiert werden kann, ist einfach falsch.

Wallner: Schauen Sie sich doch an, was die IWF-Studien dazu sagen.

Schulmeister: Der IWF sagt doch gerade etwas anderes ... Was Sie bei Ihren aus-

gabenseitigen Konsolidierungen immer vergessen ist, dass diese Maßnahmen Kettenreaktionen nach sich ziehen. Ein Gedankenexperiment im Sinn Ihrer Forderungen: Nehmen wir an, wir erhielten die gleiche Qualität der öffentlichen Dienstleistung mit 10 Prozent weniger Beamten. 50.000 Beamte werden ab 1. Jänner arbeitslos. Daraus resultiert ein massiver Einbruch des privaten Konsums, und – das werden Sie mir zugestehen – dieser massive Einbruch wird in der jetzigen Situation den Pessimismus der Unternehmer und ihre Abneigung, zu investieren, weiter verstärken. Das führt zu einer weiteren Dämpfung der Wirtschaft, wodurch wiederum die Arbeitslosigkeit steigt. Was ich hier rekapituliere, sind die einfachen Einsichten aus den Jahren 1929 bis 1933, in jedem Lehrbuch unter dem Begriff Sparparadox nachzulesen.

Wallner: Aber wir würden doch nicht von einem Jahr auf das andere 50.000 Beamte entlassen. Und jetzt wollten Sie ein konkretes Beispiel durchgehen und gehen wieder in die Theorie.

Seifert: Darf ich auch ein Laborbeispiel bringen: Wir haben zweimal drei Millionen Euro am Tisch: einmal das Erbe meiner Oma auf dem Sparbuch. Auf den Gewinn zahl ich brav 25 Prozent Kapitalertragsteuer, das Geld gehört – ganz ohne Erbschaftsteuer – mir. Mit den anderen drei Millionen versuche ich, ein Unternehmen zu gründen, Arbeitsplätze zu schaffen und zahle dafür eine Latte an Abgaben für meine Mitarbeiter usw. Ist das nicht problematisch? Für das Geld der Oma habe ich nichts geleistet, im Fall der Firmengründung sehr wohl.

Wallner: Wenn Sie die Erbschaftsteuer ansprechen, da gibt es offenbar einen Vater, eine Mutter, die der nächsten Generation etwas zugute kommen lassen will. Sie haben sich in Konsumverzicht geübt, möchten, dass das Kind etwas bekommt. Wenn ich das besteuere, dann habe ich denselben Effekt wie bei vermögensbezogenen Steuern: Dann wird jemand eben weniger ansparen und mehr konsumieren.

Schulmeister: Das wäre ja gut!

Wallner: Ja natürlich, das ist das Heilmittel des Herrn Schulmeister, dass man sich über

den Konsum rettet. Aber sicher, wenn jemand sagt, es ist mir völlig egal, was meine Nachkommen erben, wenn ich sterbe, dann wäre das Erbe leistungslos. Das sind aber die wenigsten Fälle. Unser Standpunkt ist schon, dass eine Erbschaftsteuer der Erblasser und nicht der Erbe zahlt. Ein Beispiel: Die Ehefrau arbeitet beim Mann, einem Alleinverdiener. Die Frau arbeitet für den Haushalt, für das Erwerbseinkommen des Mannes. Und wenn er ihr dann etwas schenkt oder erbt, soll sie das versteuern? Also das wäre nicht gerecht, das ist ja eine reine Transaktion ohne Wertschöpfung.

Seifert: Herr Schulmeister, halten Sie eine Erbschaftsteuer für sinnvoll?

Schulmeister: Absolut, es geht darum, die Dynamik in einem System zu erhalten, und ein System wird immer weniger dynamisch, je geringer der soziale Turnover ist. Wenn es keine Erbschaftssteuer gibt, leidet die soziale Mobilität darunter. Aber ich verstehe natürlich, dass der Ökonom der Industriellenvereinigung argumentiert, dass man die Vermögenden nicht zusätzlich belasten muss.

Seifert: Der Unternehmer Attila Dogudan meinte, zur Erbschaftssteuer befragt, das Argument, Ererbtes wurde bereits einmal besteuert, gilt nicht. Das sei ja auch bei der Mehrwertsteuer so. Er findet eine angemessene Erbschaftssteuer in Stufen ab einer Million Euro okay. Können Sie das nachvollziehen?

Wallner: Das kann ich nicht nachvollziehen, weil wir dann, wie schon ausgeführt, eine Doppel- und Dreifachbesteuerung hätten. Und kurz zur Mehrwertsteuer: Die zahle ich, um einen Gegenwert für die Vorleistungen vom Staat zu bekommen. Das ist ja völlig legitim, damit habe ich auch eine Konsummöglichkeit, die Vorsteuer betrifft ja nicht nur die nötige Infrastruktur, die Rechtssicherheit, Transportwege etc. Was aber wird mir bei der Erbschaftssteuer abgezogen?

Seifert: Aber je mehr jemand an einem Wirtschaftssystem partizipieren kann, umso höher sind seine Chancen, reich zu werden. Dafür sollte es auch eine gewisse Dankbarkeit geben. Glauben Sie, dass die Lastenverteilung in Österreich okay ist?



Budgetkonsolidierung durch Einsparung?. Schulmeister: Das widerspricht der Empirie.

Wallner: Ja, die Grundverteilung ist absolut okay, weil die Umverteilung ja nicht nur im Steuersystem stattfindet, sondern auch über die Staatsausgaben.

Schulmeister: Also im Steuersystem findet sie in Österreich nicht statt ...

Wallner: Schauen Sie sich doch die WIFO-Studie an: Im untersten Dezil aller Steuerpflichtigen haben Sie 27 Prozent Steuerbelastung, im obersten Dezil aber fast 40 Prozent am Einkommen. Das heißt, dass wir sehr wohl allein im Steuersystem eine Progression haben.

Seifert: Aber in den goldenen Jahren, von denen Herr Schulmeister gesprochen hat, war die Steuerleistung in den USA in den obersten Dezilen fast 90 Prozent.

Wallner: In Österreich findet die große Umverteilung eben erst durch das Transfersystem statt. In Form von Staatsausgaben die nach der Steuerleistung an die Haushalte verteilt werden. Wir haben in Österreich schon jetzt die höchste Umverteilung weltweit, das können Sie an vielen Indikatoren vergleichen.

Schulmeister: Also die neueste Studie der EZB sagt, dass es mittlerweile nahezu kein

Land in Europa gibt, wo die Vermögen so ungleich verteilt sind wie in Österreich.

Wallner: Nein, die Vermögen sind doch gar nicht so hoch, wie Sie vorgeben. Also wenn Sie die Pensionsanwartschaften hineinrechnen und die Betriebs- und die Unternehmensbeteiligung rauslassen, dann ergibt das eine wesentlich geringere Konzentration. Aber dass die Vermögenskonzentration zugenommen haben soll, wer sagt das?

Schulmeister: Wollen Sie im Ernst behaupten, dass seit den 1960er Jahren die Vermögensverteilung nicht ungleicher geworden ist? Dann sind Sie anderer Meinung als 90 Prozent der empirischen Literatur. Zugleich erleben wir in Österreich und in der Europäischen Union die höchste Arbeitslosigkeit seit den 1930er Jahren. Die Lebens- und Entfaltungschancen junger Menschen sind heute schlechter als vor 40 Jahren, das kann doch niemand leugnen. Das alles hat auch mit einer mangelnden sozialen Umverteilung zu tun. Ich habe Kinder, ich weiß wie schwer es ist, heute für junge Leute etwas anderes als einen prekären Job zu bekommen.

Wallner: Na gut, das ist Ihr Fatalismus. Ich sehe das anders.

DIE ROLLE DER REICHEN

Die Dramatik sozialer Ungleichheit wurde in der Ökonomie lange unterschätzt. Der Shooting Star der Ökonomie Thomas Piketty bietet mit „Capital in the 21st Century“ erstmals eine empirische Untersuchung ungleicher Eigentumsverhältnisse.

Rezension: Martin Schürz



Berstend volle Arbeiterkammer Wien: Der Prof. für Volkswirtschaft an der Paris School of Economics wies nach, dass es eine langfristige, strukturelle Verschiebung von Vermögen zu Reichen gibt.

Soziale Ungleichheit war lange Zeit für ÖkonomInnen nur ein Randthema, und die wenigen Ökonomen, die dazu arbeiteten, beschränkten sich zumeist auf Analysen der Arbeitswelt. Bei den selbstständigen Arbeitseinkommen erwiesen sich die Unterschiede zwischen unten und oben als vergleichsweise gering. Doch bereits bei den Selbstständigen war die Datenqualität schlecht, und im Vermögensbereich entschwand alles ins Diffuse. Die Dramatik sozialer Ungleichheit wurde daher lange unterschätzt und Reichtum

war sowieso kein Thema der Sozialwissenschaften.

Thomas Piketty bietet nun mit seinem Buch „Capital in the 21st Century“ erstmals eine empirische, d. h. datengeleitete Aufklärung über die ungleichen Eigentumsverhältnisse der vergangenen Jahrhunderte. Er untersucht eine Gesellschaft, deren Ungleichheit zu einem guten Teil auf vererbtem Vermögen beruht, und beschreibt mit den Einkommens- und Vermögensverhältnissen seit dem 18. Jahrhundert die vorherrschenden Begründungen der Ungleichheit.

Die Rendite auf Vermögen war historisch fast immer höher als das Wirtschaftswachstum. Das allein wäre noch keine aufregende Sache, sofern alle über Vermögen verfügten. Es sind aber die Reichen, die den Großteil des Vermögens halten, während der Rest der Bevölkerung bestenfalls seine Arbeitskraft zur Verfügung hat. Nur die Vermögenden und die Einkommensstarken erzielen beträchtliche Vermögenseinkommen. Folglich weitet sich die Kluft zwischen Arm und Reich. Dass größere Vermögen auch die höheren Renditen erzielen, erhöht die Ungleichheit zwischen Mitte und oben weiter. Die Reichen werden reicher. Piketty bestätigt, was die meisten ahnen.

Arbeitskonflikte und der historische Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie spielen bei Piketty eine geringe Rolle. Trotzdem sind soziale Auseinandersetzungen im ganzen Buch präsent. Denn das vordringliche Problem der Gesellschaft ist die ungleiche Verteilung. Und hier darf die geschichtliche Perspektive nicht verloren gehen: Die Nachkriegsperiode markierte eine erfreuliche Aufschwungphase mit hoher Beschäftigung, einer starken gesellschaftlichen Mitte, die von einer neoliberalen Stagnationsphase mit steigender Ungleichheit abgelöst wurde. Viele vergleichen daher den gegenwärtigen Zeitraum des Neoliberalismus mit diesen goldenen Nachkriegsjahren und schließen, dass es gesellschaftspolitisch

um die Rückkehr zum nationalstaatlich organisierten Keynesianismus ginge. Geht man aber bis ins 18. Jahrhundert zurück, erweist sich die vermeintliche Normalität der Nachkriegsjahrzehnte als eine kurze historische Ausnahme von einem langen historischen Trend massiver sozialer Ungleichheit und bescheidener Wachstumsraten.

Wobei das Wirtschaftswachstum, der Wohlstand in einem Land, von Verteilungsfragen unterschieden werden muss. Auch wenn das BIP wächst, bedeutet das nicht, dass für alle der Lebensstandard steigt. Zwar mag die Wahrscheinlichkeit einer Besserstellung auch für Einkommensarme steigen, in den vergangenen Jahren traf das aber nicht zu. Die Wachstumszuwächse landeten alle bei den Reichen.

Piketty analysiert daher den Anteil der obersten zehn Prozent (*eine Welt für sich*) und des obersten einen Prozent der Bevölkerung (*eine dominante Welt*). Macht es Sinn, einen so kleinen Teil der Bevölkerung zu betrachten? In absoluten Zahlen sind das gar nicht so wenige, in Österreich fast 40.000 Haushalte. Zudem kann diese kleine Gruppe einen großen Einfluss auf die Gesellschaftsordnung und das politische System haben. Piketty gelingt es damit, Reichtum in Relation zu Armut zu stellen und zu zeigen, wie wenig die Vielen und wie viel die Wenigen haben. Im 18. und 19. Jahrhundert lag der Anteil der Top-10-Prozent bei 90 Prozent des gesamten Vermögens, jener des obersten Prozents der Bevölkerung bei 60 Prozent. Heute verfügen die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung über 60 bis 70 Prozent der Vermögen und das reichste eine Prozent über 20 bis 30 Prozent. Die untere Hälfte besitzt weiterhin fast nichts, sie liegt unter 5 Prozent. Das zeigt, dass jene recht haben, die vermuten, dass die Armen arm bleiben und die Reichen reicher werden.

Erben steht im Mittelpunkt

Wie aber soll nun Ungleichheit betrachtet werden? Auf globaler Ebene, mit Vergleichen zwischen China, Afrika und den USA, oder jeweils auf nationaler Ebene? Global sind in den vergangenen Jahrzehnten mehrere Milliarden Menschen der Armut entkommen. Das ist erfreulich, der Fokus von Piketty ist aber ein anderer. Er betrachtet das Verteilungsthema im Hinblick auf Reichtum. Absolute Armut (Hunger) kann verringert werden, ohne dass die gravierenden Reichtums- und Verteilungsprobleme tangiert werden. Die weltweit agierenden

Reichen gibt es in allen Ländern, daher muss das Problem der Vermögenskonzentration global mit einer progressiven Vermögenssteuer, vielleicht initiiert durch die G 20, angegangen werden.

Statistische Fragen sind für viele langweilig. Sie sind aber gerade in Verteilungsdebatten unverzichtbar. Piketty zeigt die Verschränkung von Politik mit den Interessen der Vermögenden und ihre negativen Folgen für die Datentransparenz. Gute Statistiken zur Verteilung haben ein gesellschaftsveränderndes Potenzial, und wo sie fehlen, leidet auch der Gerechtigkeitsdiskurs. Statistiken über die Anteile der Reichen machen sichtbar, was Vermögende gern unter den Teppich kehren: jene Ungleichheit, die nicht auf Leistungsunterschieden oder Zufall beruht, sondern auf Klassenprivilegien. Die Französische Revolution war es, die ein Vermögenssteuerregister ermöglichte und großartige Debatten zum Erbrecht einleitete. Die Forderung Pikettys, die Steuerbehörden mit Informationen zu versorgen, um das Netto-

PIKETTY ENTART DIE VERSPRECHEN VOM GESELLSCHAFTLICHEN AUFSTIEG ALS WORTHÜLSEN.

vermögen der StaatsbürgerInnen zu berechnen, ist wichtig. Sie entspringt nicht dem Wunsch, im Privaten zu schnüffeln, sondern ist als Basis für vernünftige Debatten notwendig. Etwa zur Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen.

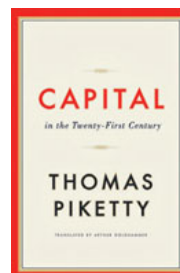
Meritokratie, das Prinzip, dass die, die mehr leisten, auch mehr verdienen sollen, ist eine ideologische Säule zur Rechtfertigung von Einkommensungleichheit im Kapitalismus. Ungleichheit liefere einen Anreiz, mehr zu leisten; Reichtum ist wie der verdiente Lohn dafür. Bei Vermögen wird *extreme Ungleichheit* sowie die exklusive Stellung der *Superrentiers* (Piketty) schon schwieriger zu rechtfertigen. Piketty enttarnt die Versprechen von den gesellschaftlichen Aufstiegsmöglichkeiten als Worthülsen.

Es besteht sogar die Gefahr, dass die Meritokratie selbst zum gesellschaftlichen Auslaufmodell wird. Zwar hat sie in der Wirklichkeit ohnedies nicht gegolten, zur Rechtfertigung von Ungleichheit war sie aber wichtig, weil sie Hoffnungen befeuerte. Wenigstens kurz konnte man glauben, dass die SiegerInnen nicht schon am Start feststehen. Doch unsere Gesellschaft beginnt jener des 19. Jahrhunderts mit ihren verfestigten Sozialstruk-

turen zu ähneln. Das geerbte Vermögen ist in dieser Welt entscheidend.

Erben steht bei Piketty deshalb im Zentrum. Bei den leistungslosen Erbschaften kollabiert die Legitimation der Ungleichheit über Leistung. Im 19. Jahrhundert gab es zehn Prozent der Bevölkerung, die mehr erbten als die untere Bevölkerung in ihrem Leben verdiente. Im 20. Jahrhundert sank der Anteil der reichen Erben, die allein von ihrer Erbschaft leben konnten, auf zwei Prozent. Kriege und Steuern hatten die Bedeutung der Erbschaften sinken lassen. Doch im 21. Jahrhundert dreht sich das wieder. Die Kohorten der nach 1970 Geborenen können wieder größere Erbschaften erwarten. Geerbt wird das Vermögen des wohlhabenden Teils der Nachkriegsgeneration. Piketty diagnostiziert, dass die Gruppe jener Menschen, die nichts arbeiten müssen, weil sie von der Erbschaft leben können, auf zwölf Prozent anwächst.

Viele Fragen zur gesellschaftlichen Dynamik der Reichtumsentstehung bleiben auch nach Pikettys Buch offen. Welche Rolle können Gewerkschaften noch spielen, sind kritische Diskurse erfolgversprechend, oder verpufft alles im resignativen Rasonieren? Reicht die Hoffnung auf die Einsicht von Fiskalbehörden und deren internationale Kooperation aus? Ob Letzteres realistisch ist oder nicht, ist nur schwer zu beurteilen. Hier zeigt sich Piketty optimistisch. Trotzdem, weiterhin wissen wir zu wenig über Reichtum. Die nötige Datentransparenz herzustellen bleibt eine überfällige Aufgabe des Staates, insbesondere in Österreich. Der Anstieg der Reichtumskonzentration ist jedenfalls bedrohlich. Es entstehen neue soziale Trennlinien. Rentiers, Erben und Supermanager haben nur geringes Interesse am öffentlichen Bildungs-, Sozial- und Gesundheitssystem. Diese Abkoppelung der dominanten Welt des Top-1-Prozent wird die Demokratie zwangsläufig schwächen. Die Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts droht zurückzukehren.



Thomas Piketty
Das Kapital im
21. Jahrhundert
912 Seiten
Verlag: C.H. Beck



STEUERN IN SICHERE GEWÄSSER

Sie sind Konzernchefin, Eigentümer oder Kreativbuchhalterin eines Unternehmens? Und Sie sind es leid, Ihren Gewinn mit der Finanz zu teilen? Dann helfen Ihnen vielleicht diese Beispiele auf die Sprünge.

Text: Stefan Kraft

Früher war alles besser. Der gut verdienende Österreicher mit Hang zur Steuerflucht konnte ein sorgsam behütetes Konto in der Schweiz eröffnen und sein Geld dort arbeiten lassen, statt es im Inland ohne Mehrwert an die Finanz zu verprassen. Besonders aufregend war es etwa, das Geld im Koffer an den in Vorarlberg stationierten GrenzbeamtenInnen vorbeizuschmuggeln – und an den dortigen „Bargeldspürhunden“. Seit sich einige Herren besonders auffällig verhalten haben und CD-ROMs mit Steuerdaten in Umlauf ka-

men, ist der Schweiz-Urlaub vorläufig gestrichen. Denn das sogenannte Doppelbesteuerungsabkommen, seit 1. Jänner 2013 in Kraft, sorgt dafür, dass von jedem Schweizer Konto eines österreichischen Steuerpflichtigen eine „Quellensteuer“ eingehoben wird, so er seine Kontodaten nicht ohnehin offenlegt. Deshalb würden die Steuern gar nicht flüchten können, wie auf Anfrage die Sprecherin des Bundesministeriums für Finanzen, Daniela Kinz, erklärt. Allerdings sind die Schweiz-Abenteuer doch eher die Amateurliga der Steuerflüch-

tigen, wenn auch Präsidenten von Profiver-einen darin mitspielen. Falls Sie also auch Ihre Abgaben vor aller Augen nicht bezahlen können, dann müssen Sie es nur möglichst kompliziert machen. Ob Sie sich selbst im Einzelfall auskennen oder nicht, ist dabei eher nebensächlich, solange Ihre Steuervermeidung durch nationales und EU-Recht gedeckt ist. Möglicherweise haben Sie von Google und Starbucks gehört, deren VertreterInnen im September 2013 vor das niederländische Parlament geladen wurden, um ihre niedrigen einstelligen Steuerquoten zu erklären. Die VertreterInnen gingen aber gar nicht hin, wozu auch? Ebenso wie die Chefs von IKEA, deren Modell der Steuervermeidung ohnehin viel besser funktioniert als jegliche Transaktion mit dem schwarzen Koffer.

Teure Töchter

Die bekannten Querulanten von ATTAC Deutschland haben in einem 32-seitigen Papier versucht, die Konzernstruktur von IKEA offenzulegen. Als UnternehmerIn mit einer Vorliebe zum Steuersparen müssen Sie aber nicht das komplette Pamphlet durchlesen, um sich Ideen zu holen. Es reicht, wenn Sie sich an das Fazit des Papiers über den Möbelkonzern halten: „Die tatsächliche Steuerquote dürfte (...) niedriger als 15 Prozent liegen.“ Wohlgermerkt für ein Gesamtkonglomerat, dessen einzelne Firmen so zahlreich sind, dass sie auf einer Powerpoint-Folie keinen Platz haben. Die Prinzipien, die IKEA anwendet, können Sie sich durchaus selbst zunutze machen. Erstens: Errichten Sie eine Stiftung, ob im Fürstentum Liechtenstein oder auf der Karibikinsel Curaçao ist mehr als wurscht, an beiden Orten müssen Sie wenig bis gar keine Steuern zahlen. Führen Sie Ihre Gewinne über Verrechnungen oder Ähnliches dorthin ab.



Die Sache hat lediglich einen Haken, wie Gerhard Zahler-Treiber, österreichischer Ökonom und ATTAC-Vorstandsmitglied, zu bedenken gibt: „Bei Stiftungen benötigt man Vertrauen, denn man überlässt sein Geld der örtlichen Führung treuhändisch.“ Das sollte kein Problem sein, wenn Sie selbst die Führung in die Hand nehmen.

Zweitens: Gründen Sie Firmen im steuer-schonenden (EU-)Ausland, wohin Sie die Markennamen für Ihre – zum Beispiel österreichischen – Firmen übertragen. Falls Sie nun Gewinne machen, sind Sie nun verpflichtet, Lizenzrechte an ihre Töchter zu bezahlen und können daher leider Gottes keine vollen Steuern im Inland leisten. Die Sache ist simpler, als sie sich anhört: „Es gibt unterschiedliche Steuersätze in den verschiedenen Staaten Europas. Und es herrscht Kapitalverkehrsfreiheit. Daher kann man ganz einfach sein Geld an eine Tochtergesellschaft in Irland transferieren, wenn man die Gesellschaft

EU-RICHTLINIE ZUR KONZERNBESTEUERUNG: STEUERTRICKS WURDEN NICHT VERHINDERT.

dort rechtmäßig etabliert hat“, erklärt der deutsche Wirtschaftsjournalist Lucas Zeise. Die Staaten Europas, so Zeise, umfassen nämlich auch die abhängigen Gebiete von Großbritannien und den Niederlanden. Bei Namen wie Cayman Islands und Jersey sollte es jetzt schon bei Ihnen klingeln.

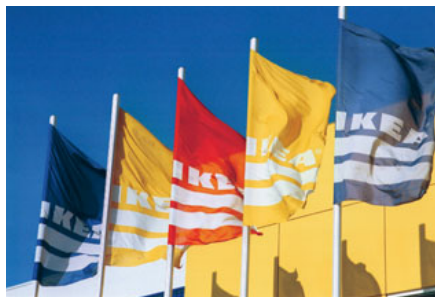
Die geniale Idee mit den Lizenzen hat auch der Eigentümer der Modekette Zara, der Konzern Inditex, aufgegriffen: Eine holländische Tochter verwaltet den Markennamen und kassiert dafür möglichst viel Geld von den Geschäften in diversen europäischen Ländern, sodass diese bei der Finanz nicht mit allzu hohen Zahlungen

auffallen. Steuerersparnis laut Bloomberg: 240 Millionen Euro seit 2009. Ziemlich lässig.

Allzu große Sorgen, dass in Zukunft solche Konstruktionen nicht mehr möglich sind, brauchen Sie sich bei allem Sperrfeuer in den Medien derzeit nicht zu machen. Der am 20. Juni getätigte „Richtlinienbeschluss zur Konzernbesteuerung“ des EU-Rats hat laut ATTAC Österreich die meisten der „Steuertricks vollkommen außer Acht gelassen“. „Dazu zählen absurd hohe Lizenzgebühren, die unterschiedliche steuerliche Behandlung von Tochterunternehmen und Betriebsstätten in den EU-Mitgliedsländern, die noch immer eine ausgezeichnete Basis zur aggressiven Steuervermeidung bieten.“ Weiter meint Alexandra Strickner von ATTAC in ihrer Aussendung: „Alle in der EU tätigen Unternehmen, die diese und ähnliche Steuerumgehungsmöglichkeiten nutzen, dürften nach der Entscheidung der Finanzminister in die Hände geklatscht haben.“

Klatschen Sie also in die Hände und haben Sie weiterhin Vertrauen in die Politik. Nachgefragt bei Lucas Zeise, warum Deutschland etwa nicht darauf dränge, die Steuerschlupflöcher abzuschaffen, antwortet er wahrheitsgemäß: „Weil Sie den deutschen Unternehmen genehm sind.“ Nachgefragt bei Gerhard Zahler-Treiber, welche Rolle Österreichs PolitikerInnen in der europäischen Diskussion einnehmen, kommt die erleichternde Antwort: „Auf einer Linie mit Luxemburg.“ Steuern Sie daher Ihr Geld in die sicheren Gewässer der europäischen Wirtschaft.

Geniale Idee mit den Lizenzen: Tochterunternehmen minimieren den Gewinn.



Fotos: Starbucks, Ikea/ Helmut Stettin, Zara

IMPRESSUM

MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien, T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9, redaktion@momagazin.at, www.sosmitmensch.at

REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun), Petja Dimitrova (Porträt-Illus), Alexander Pollak (apo), Karin Wasner (Bilder), Andreas Görg, Magdalena Summereder

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinyosoye, Eva Bachinger, Amira Hafner-Al Jabaji, Gunnar Landsgesell, Stefan Kraft, Sonia Melo, Wilhelm Ortmayr, Alexander Pollak, Martin Schenk, Martin Schürz, Thomas Seifert, Philipp Sonderegger

BUSINESS DEVELOPMENT: Magdalena Summereder

COVERBILD: Karin Wasner

LEKTORAT: Susanne Drexler

ARTDIREKTION: Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT: Theo Kammerhofer

DRUCK: Ferdinand Berger & Söhne GmbH, Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN: Sandra Lakitsch office@sosmitmensch.at, T +43 1 524 99 00-16

ABOS: Bernhard Spindler, abo@momagazin.at T +43 1 524 99 00-18

VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“, Straßenkolportage

AUFLAGE: 30.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien, T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9, Mail: office@sosmitmensch.at Web: www.sosmitmensch.at ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG: Medieninhaber (Verleger) und Herausgeberin: SOS Mitmensch Sitz: Wien

Geschäftsführung: Alexander Pollak, Gerlinde Affenzeller;

Obmann: Max Koch

Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung, für Menschenrechte, Demokratie und Migration

ZVR: 22747570

SPENDEN:

IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590 BIC: OPSKATWW

MO ist das Medium von SOS Mitmensch gegen Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte, Demokratie und Migration.

Der Nachdruck der Beiträge ist bei Nennung der Quelle und Übersendung von Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der Fotografien liegen bei den UrheberInnen.

Falls kein/e Urheber/in ausgewiesen ist: SOS Mitmensch.

STEUERMYPHEN

Die Initiative „Wege aus der Krise“ überprüft Argumente gegen eine Vermögenssteuer.



Lebensqualität sichern! Allein fünf Prozent der Bevölkerung besitzen in Österreich knapp die Hälfte des gesamten Vermögens*. Ihre Vermögen betragen damit das Dreifache der Staatsschulden – zirka 660 Milliarden Euro. Trotzdem wird bei der breiten Bevölkerung gekürzt. Was spricht tatsächlich gegen eine Vermögenssteuer? Wir sind einigen Steuermypthen nachgegangen.

*Quelle: OENB 2012

10 Prozent der BestverdienerInnen zahlen doch schon 60 Prozent des Steueraufkommens...

Das stimmt nicht einmal für die Einkommensteuer ganz und ist außerdem eine Folge davon, dass die Einkommen im unteren Bereich viel zu niedrig sind und diese Gruppe daher keine Einkommensteuer zahlt. Aber vor allem kann man nicht nur eine Steuer herausgreifen: Betrachtet man die gesamten Abgaben (einschließlich Sozialversicherung, Massensteuern wie die Mehrwertsteuer usw.), ergibt sich, dass die zehn Prozent der am geringsten Verdienenden mit rund 37,3 Prozent ihres Einkommens proportional annähernd so viele Steuern und Abgaben leisten wie die zehn Prozent Reichsten mit 40 Prozent ihres Einkommens*. Und zwar deshalb, weil Verbrauchersteuern niedrige und mittlere Einkommen, die zu zwei Dritteln in den Konsum fließen, überproportional treffen.

*Quelle: WIFO

Mit der Vermögenssteuer wird bereits versteuertes Einkommen nochmals besteuert...

In allen Industrieländern werden Steuern auf unterschiedliche Quellen einge-

Vom Mythos, der Staat könne am Besten durch Kürzungen konsolidiert werden.

hoben. So wird Arbeitseinkommen durch Lohn- und Einkommensteuer besteuert, Kapitaleinkommen mit der Kapitalertragsteuer erfasst. Des Weiteren gibt es diverse Verbrauchersteuern (z. B. Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer, Tabaksteuer usw.). Wir alle müssen also mehrfach Steuern tragen. Vermögensbestände werden aber von keiner Steuer erfasst!

Die Vermögenssteuer trifft auch den „Häuselbauer“ und die „Oma“ mit dem Sparbuch für die Enkerln, also die klassische Mittelschicht...

Ganz klar – nein! Die derzeit diskutierten Freibeträge bewegen sich zwischen einer Million (SPÖ) und 500.000 Euro (Wege aus der Krise). Das heißt, dieser Betrag ist für jeden Haushalt steuerfrei. Nur 11 Prozent aller Haushalte in Österreich besitzen laut neuesten Daten der ÖNB (2012) mehr als 500.000 Euro*. Während also gut 90 Prozent der Bevölkerung gar nicht von Vermögenssteuern betroffen sind, zahlen auch die wenigen Betroffenen ganz unterschiedlich: Auf ein Gesamtvermögen von 700.000 Euro wären bei einem Prozent Vermögenssteuer im Jahr lediglich 2.000 Euro zu zahlen (WadK-Modell). „Das Kraut fett“ machen also diejenigen, die über exorbitant hohe Vermögen verfügen. Insgesamt würde das Steueraufkommen trotzdem bei zirka 3 Milliarden Euro liegen.

*Quelle: Arbeiterkammer 2012

Es gibt doch zu wenig Reiche, damit so eine Steuer Sinn macht...

Es kommt nicht auf die Anzahl der Reichen an, sondern auf die Summe an Vermögen, die besteuert wird! Da in Österreich die Vermögen besonders ungleich verteilt sind, also wenige Reiche extrem viel besitzen, genügt es, diese zu besteuern. Außerdem sind Einnahmen durch eine Vermögenssteuer vom vorgeschriebenen Steuersatz abhängig. Eine prozentuelle Staffelung wie bei der Einkommensteuer kann so gestaltet werden, dass Superreiche einen entsprechenden Beitrag leisten.

Das Vermögen flüchtet dann ins Ausland...

Der Großteil der Vermögenswerte (Immobilien, Grundstücke) ist unbeweglich, kann also nicht flüchten; auch Stiftungsvermögen können nur zu einem extrem hohen Preis

ins Ausland übersiedelt werden. Da von allen Industrieländern nur in Tschechien vergleichbar niedrige Vermögenssteuern wie in Österreich existieren, sind die „Fluchtmöglichkeiten“ für Vermögen relativ eingeschränkt. Die verbleibenden harten Steuer-oasen (Liechtenstein, Schweiz, Monaco und Österreich) könnten relativ problemlos geschlossen werden, indem über den freien Kapitalverkehr der EU mit Drittländern Auskunftspflicht über DevisenausländerInnen bzw. Kooperationspflicht in Steuerfragen verhängt wird. Bei Nichteinhaltung könnte der freie Kapitalverkehr und damit der „Fluchtweg“ versperrt werden.

Vermögenssteuern sind schlecht für das Wirtschaftswachstum...

Neue Forschungsergebnisse zeigen, dass eine geringere steuerliche Belastung der Arbeitseinkommen und eine höhere Besteuerung von Vermögen die wirtschaftliche Entwicklung beleben. Das bestätigen Analysen

MIT DEN ERTRÄGEN AUS VERMÖGENSSTEUERN KÖNNEN STEUERN AUF ARBEIT GESENKT WERDEN.

des Europäischen Statistikamtes, ein Arbeitspapier des Internationalen Währungsfonds wie auch wissenschaftliche Untersuchungen von renommierten internationalen ÖkonomInnen. Vermögen werden im Unterschied zu Arbeitseinkommen kaum in die Realwirtschaft investiert, sondern in Finanz- und Immobilienspekulationen. Eine hohe Besteuerung von Arbeitseinkommen, die zu zwei Dritteln in den Konsum fließen, stranguliert aber die Kaufkraft und damit auch die Wirtschaft. Vermögenssteuern schonen hingegen das Wachstum.

Vermögenssteuern bestrafen Leistung...

Reichtum zu besitzen ist keine Leistung! Ihn zu erarbeiten schon. Dies geschieht aber durch die Arbeit all jener, die durch ihre tatsächliche Arbeitsleistung die Zins- und Dividendeneinkommen auf das Vermögen der wenigen Reichen erwirtschaften und so deren Reichtum weiter vermehren. Während Vermögen und Vermögenseinkommen kaum besteuert werden, ist der Beitrag des Faktors Arbeit in keinem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen

Union höher als in Österreich. In kaum einem anderen Mitgliedsstaat ist im Gegenzug der Beitrag von leistungslosem Einkommen so niedrig wie in Österreich (Platz 24 von 27)*.

*Quelle: OECD

Österreich ist schon ein Hochsteuerland, noch mehr Steuern schaden der Wettbewerbsfähigkeit...

Eine hohe Abgabenquote allein sagt nichts darüber aus, wie die Steuerlast verteilt ist. Zurzeit leisten ArbeitnehmerInnen rund zwei Drittel des Gesamtsteueraufkommens, vermögensbezogene Steuern bringen hingegen nur 1,4 Prozent*. Gerechtigkeit entsteht also nicht durch eine Senkung der Abgabenquote insgesamt, sondern durch eine gerechtere Verteilung der Abgabenlast. Mit den Erträgen aus Vermögenssteuern können Steuern auf Arbeit gesenkt werden, was nicht nur die heimische Kaufkraft stärkt und uns im Wettbewerb unabhängiger und stärker macht, sondern auch zu einer insgesamt gerechteren Steuerstruktur führt.

*Quelle: Arbeiterkammer

Die Vermögenssteuer ist eine „Schnüffelsteuer“ mit hohen Verwaltungskosten...

Wie bei der Einkommensteuererklärung müssen die Betroffenen selbst die Höhe ihres Vermögens feststellen und die Steuererklärung machen. Geprüft wird nur bei Verdacht auf Betrug. Auch dann wird nicht im privaten Umfeld der Steuerpflichtigen „geschnüffelt“, da Hausrat von der Steuer ausgenommen und der Wert des Grundstücks/Hauses sich aus dem Durchschnitt der Preise in einer bestimmten Zone ergibt. Privates Sparvermögen wird von den Banken ausschließlich an das zuständige Finanzamt gemeldet. Auch Arbeitslose und BeihilfenbezieherInnen müssen ihre Vermögensverhältnisse gegenüber den Behörden offenlegen. Es ist daher nur gerecht, auch die Vermögen Steuerpflichtiger an das zuständige Finanzamt zu melden. Der Verwaltungsaufwand beträgt bei einer Selbstermessungsabgabe wie der Vermögenssteuer lediglich 1,8 Prozent des Aufkommens.*

*Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

www.wege-aus-der-krise.at



UMVERTEILUNG

„Solange es sich rechnet, bettle ich“

Nur unter Mühen lernt das reiche Salzburg mit gut hundert BettlerInnen klarzukommen. Kriminalisierung konnte die Notreisenden bisher nicht aus dem barocken Festspiel-Stadtbild drängen. Nun gibt es erste Anzeichen für Menschlichkeit.

TEXT: WILHELM ORTMAYR

Auf einmal waren sie da. Nicht über Nacht, aber doch zu plötzlich für die Salzburger Gesellschaft erreichten die BettlerInnen auch die Festspielstadt. Seit Längerem schon hatten Fachleute darauf aufmerksam gemacht, dass das europaweite Phänomen der Armutsmigration und des „Notreisens“ auch Salzburg erreichen werde, 2012 war es dann so weit. Sukzessive tauchten mehr BettlerInnen im Stadtbild auf, mischten sich mehr Ost- und SüdosteuropäerInnen unter die illegal Arbeit Suchenden beim Hauptbahnhof, sah man öfter StraßenmusikantInnen, die keine Mozarteum-StudentInnen waren.

Die Irritation war groß. Und sie ist es immer noch. Graz und Wien waren deutlich früher als Salzburg mit dem „Bettlerproblem“ konfrontiert – auch hier gab und gibt es eine lebhaft öffentliche Diskussion darüber, wie eine reiche, zivilisierte Gesellschaft den Ärmsten dieses Kontinents zu begegnen habe. Doch kein Vergleich zu der Feindlichkeit und dem Entsetzen, mit dem man in Salzburg nicht mal bereit war, darüber nachzudenken, wie man mit den Menschen „umzugehen“ habe – sozusagen als Mindestmaß des Anstands. Stattdessen rief man die JuristInnen zu Hilfe, sie mögen Winkelzüge und Tricks erfinden, mittels derer man das „Gesindel“ rechtens aussperren könne aus der schönen Stadt. Und man tat, was dazu für notwendig erachtet wurde: die BettlerInnen zu kriminalisieren.

Nach 16 Monaten und gut 4.000 Polizeikontrollen hat sich zwar von all dem, was

„Kronen Zeitung“, FPÖ und große Teile der ÖVP den Notreisenden vorwerfen, so gut nichts bewahrheitet – die Vorurteile halten sich dennoch hartnäckig. Und das obwohl Salzburgs Exekutive ausdrücklich dementiert, dass die Armutsmigration aus Rumänien, Bulgarien und der Slowakei „mafiose Strukturen“ zeige. Laut Polizeisprecher Michael Rausch habe man weder Hinweise auf „dunkle Hintermänner, die alle Ein-

nahmen abkassieren“, noch könne von „kriminellen Zwangsreisen“ gesprochen werden. Es bestehen zudem so gut wie keine Zusammenhänge zwischen den Notreisenden und kriminellen Gruppen, die ebenfalls aus Ost- und Südosteuropa stammen.

Organisiert sein ist strafbar

Dennoch hat es in der Salzburger Innenstadt seit März 2013 etwa 300 Strafanzeigen gegen

Notreisende aus ärmsten sozialen Schichten: Kein angenehmer Anblick.





Polizeisprecher Michael Rausch: Keine Hinweise auf „dunkle Hintermänner, die alle Einnahmen abkassieren.“



Josef Mautner, Katholische Aktion: Kritisiert Gummiparagraphen und zu viel Druck auf Polizei.

bettelnde Menschen gegeben. Anfangs lauteten die Tatbestände mitunter noch „Betteln mit Minderjährigen“ und „Vortäuschen einer Behinderung“ und „aggressives Betteln“ – mittlerweile geht es fast nur noch um „organisiertes Betteln“. Auch das verbietet das Salzburger Sicherheitspolizeigesetz.

Menschenrechtsaktivisten wie Josef Mautner von der Katholischen Aktion kritisieren, wie dieser „Gummiparagraf“ in der Praxis angewendet wird. Ein Ehepaar geht in die Stadt zum Betteln und bespricht dabei, wer sich an welche Straßenecke stellt. Oder: Drei Roma-Frauen mittleren Alters suchen Bettelplätze, die in Sichtverbindung zueinander liegen – aus Gründen der Sicherheit und zum eigenen Schutz. Für die Polizei ist all das „organisiertes Betteln“, und schon beginnt das Strafverfahren: Meist nehmen die BeamtInnen den BettlerInnen sofort ihre Tageserlöse ab (die damit verfallen sind), und falls die Angezeigten ein paar Wochen später, nach Ausstellung des Strafbescheides, neuerlich in der Stadt angetroffen werden, wird eine Geldstrafe fällig. Die bewegt sich zwischen 50 und 100 Euro, der Erlös einer guten Bettelwoche. Andernfalls drohen ein paar Tage Gefängnis.

„Einander zu kennen, ist oft schon zu viel“, klagt Valej, ein Mittfünfziger aus der Gegend von Sibiu, der aussieht wie fast 70. In jungen Jahren war er Bauarbeiter, aber seit über zwei Jahrzehnten hat er keinen fixen Job mehr gehabt. Mittlerweile sind seine Chancen sogar am Arbeitsstrich schlecht. Junge Männer mit Ausbildung werden eher genommen. Von den 30 bis 50 Euro Sozialhilfe, die er in Rumänien monatlich bekommt, können weder er noch seine Frau leben. In Salzburg verdiene er bettelnd das Dreifache. Nach Abzug aller Kosten. „Aus

meiner Gegend sind einige hier“, sagt Valej, „das macht es leichter, weil man einander helfen kann und weil reden gut tut. Aber wenn die Polizei sieht, dass wir uns absprechen oder dass ich Geld für andere aufbewahre, gibt’s Probleme.“

Verwandt sein, in Gruppen leben, organisiert sein, aufeinander achten – was die Sozialarbeit als positiv betrachtet, kann für die ArmutsmigrantInnen zum Fallstrick werden. Das beginnt bei der Reise nach Österreich. Erfolgt sie „organisiert“, sprich kostengünstig, kann das in Salzburg zum Polizeifall werden. Ist sie hingegen teuer, wollen Salzburger JuristInnen daraus dem-

Ein Ehepaar ging in die Stadt und besprach sich. Es folgte eine Anzeige wegen „organisierter Bettelei“.

nächst eine weitere Hürde bauen, indem sie „gewerbliches Betteln“ per Gesetz verbieten. Nach dem Motto: Wer viel investiert, bettelt gewerblich. Die meisten Notreisenden entgehen dem aber sowieso. Sie fahren schwarz nach Österreich – mit der Bahn. Wer sie sind, wie sie strukturiert sind und warum sie kommen – all das ist seit einem Jahr sehr gut dokumentiert dank einer (von Teilen der Salzburger Öffentlichkeit hartnäckig ignorierten) Studie des Sozialforschers Heinz Schoibl. Großteils kommen die Notreisenden aus Rumänien, viele sind Roma, einige stammen aus der Slowakei und Bulgarien. Vertreten sind alle Altersgruppen, alle Zusammensetzungen und Familienformen. Nahezu alle sind minderqualifiziert, einige sogar AnalphabetInnen. Männer versuchen teilweise illegal zu ar-

beiten und betteln nur, wenn das nicht gelingt. Frauen verdienen Geld in erster Linie durch Betteln. Straßenprostitution kommt vor, ist aber die Ausnahme. Nur eines haben alle gemeinsam: bitterste Not.

Es bestätigt sich somit auch in Salzburg, was ExpertInnen seit Jahren betonen: Solange die Not und Perspektivenlosigkeit in den Herkunftsländern groß ist, sind die ArmutsmigrantInnen nicht aufzuhalten. Doch bis auch die Mozartstadt das mehrheitlich begreifen gelernt hat, ist viel Zeit vergangen. Aus mehreren Gründen:

In einer Stadt, in der es schon immer verdächtig war, von weit weg und nicht wohlhabend zu sein, konnten die BettlerInnen nur als Affront verstanden werden. „Geradezu ein Gegenentwurf zum schönen und reichen Salzburger Festspieleuropa, sozusagen geschäftsschädigend“, formuliert Armutsexperte Robert Buggler.

Verschärft wurde die Debatte durch den Umstand, dass das zunehmende Auftreten der BettlerInnen im Stadtbild ausgerechnet mit dem Beginn des Gemeinderatswahlkampfes zusammenfiel. Die Armutsmigration schwelte ein Jahr lang als Wahlkampfthema, immer wieder angefacht von Boulevardmedien. Dagegen konnten auch prominente Mahner und AktivistInnen für mehr Menschlichkeit wenig ausrichten. So etwa der neue Erzbischof Franz Lackner, der als Zeichen die Hälfte der Kollekte von seinem Antrittsgottesdienst für ein Bettler-Winternotquartier gespendet hat.

„Für zusätzliche Polarisierung sorgte und sorgt, dass das städtische Ordnungsamt in der Hand eines ÖVP-Politikers ist, der als Hardliner gilt“, fügt Josef Mautner von der Katholischen Aktion hinzu. „Das bringt auch für Salzburgs Polizei viel Druck.“ Die

einen würden jede Anzeige gegen BettlerInnen für willkürliche Schikane halten, die anderen forderten eine so engmaschige Auslegung der Gesetze, dass dies de facto einem Bettelverbot gleichkomme.

Es kommt Bewegung in die Debatte

Nun aber sind die Wahlen geschlagen, und es kommt Bewegung in die Bettlerdebatte. Bewegung im Sinne von konstruktiven Gesprächen, an deren Anfang der Konsens steht, dass das Phänomen „Betteln“ nicht an Salzburg vorbei geht, egal welche Drehs die Politik erfindet. Jetzt, nach dem Urnengang, schielt die SPÖ nicht mehr auf jede „Kronen Zeitung“-Schlagzeile und ist endlich bereit zu einer Politik des Anstandes. Auch wenn die Stammwählerschaft in den niedrigen Einkommenschichten gegen jegliche Hilfe für BettlerInnen ist, nach dem Motto: „Für uns wird alles teurer und denen ...“ Aber auch die ÖVP ist nach der für sie katastrophalen Wahl bereit, sich zumindest an den „Runden Tisch“ zu setzen und dort die Mandatare des christlich-sozialen Spektrums wirken zu lassen. (Die anderen grübeln nach wie vor über „Lösungen“, die etwa Menschen aus Rumänien und Bulgarien das Betteln verunmöglichlichen, nicht aber etwa OberösterreicherInnen oder TirolerInnen, oder die ein sektorales Bettelverbot bringen, sprich eine „bettlerfreie“ Altstadt.)

Mindestmaß an sozialer Versorgung

Ein Runder Tisch, initiiert von Vizebürgermeisterin Anja Hagenauer (SPÖ), hat sich also darauf geeinigt, dass es zumindest 50

Erzbischof Franz Lackner: Spendete Hälfte der Kollektive.



Foto: Weihbischof Lackner © Abtei Seckau, Christian Jungwirth, bigshot.at, Foto: Salzburg © Tourismus Salzburg GmbH



Bilanz nach 16 Monaten und 4.000 Polizeikontrollen: Nicht viel dran, an den Vorwürfen.

zusätzliche Notschlafplätze für Armutsreisende geben soll, mit Waschmöglichkeiten und warmem Essen. Man will einen Bus einrichten, der als mobile Arztpraxis eine medizinische Basisversorgung bietet. Im Winter soll eine zentrumsnahe Tagesstätte geschaffen werden, wo BettlerInnen oder StraßenmusikantInnen sich aufwärmen können. Zudem wollen Stadt und Land die Notreisenden mit Kleidung ver-

Politik berief Runden Tisch: Nun soll es Tagesstätten, Notschlafplätze und mobile Arztpraxis geben.

sorgen und sie intensiver ansprechen und betreuen. Viele von ihnen kommen völlig uninformatiert nach Salzburg und haben keine Ahnung, was sie hier erwartet. Vom Wetter übers soziale Umfeld, die Rechtslage, die Kosten für Essen bis zu den Möglichkeiten, legal Arbeit zu finden und die in Österreich üblichen Umgangsformen. Außerdem spricht so gut wie keiner der BettlerInnen mehr als drei Worte Deutsch.

Umgesetzt werden die Konzepte nun von Caritas, Diakonie und Sozialvereinen. Die Kosten trägt vor allem die Stadt Salzburg. Man rechnet derzeit mit etwa einer Million Euro pro Jahr, das ist ein Bruchteil dessen, was Salzburg zuletzt jährlich als Budgetüberschuss erwirtschaftete.

Die Basisversorgung ist niederschwellig und stellt laut ExpertInnen bestenfalls das

Mindeste dar. 50 Schlafplätze können bei durchschnittlich 130 in der Stadt befindlichen Notreisenden bzw. inländischen BettlerInnen den wahren Bedarf nicht decken. Die Container und Abbruchhausquartiere werden daher auch künftig nicht leer werden. Dennoch ist die Initiative ein mühsamer Kompromiss auf wackeligen Beinen. Man hat um ihn gerungen, nicht nur mit der FPÖ und Teilen der Volkspartei, sondern auch mit Volkes Stimme. Die Leserbriefseiten einiger Salzburger Zeitungen und viele Internetforen sind voll mit Kritik über die „warme Hängematte“ für die BettlerInnen aus Rumänien. Für ÖsterreicherInnen in Not habe die Politik keinen Cent, während man alles tue, um immer noch mehr „Nichtsteuer“ aus dem Osten zu uns zu locken, so der Tenor. Die Notreisenden spüren dieses weit verbreitete Klima der Feindseligkeit. Immer wieder werfen O-Bus-FahrerInnen Roma aus den Öffis, ohne sie nach einem gültigen Ticket gefragt zu haben. Einige Geschäftsleute tun selbiges. Dass einheimische BettlerInnen über die Konkurrenz aus dem Osten wenig erfreut sind, ist noch verständlich. Doch auch das Gros der Bevölkerung hat kein großes Herz. „Am öftesten hören wir, dass wir heimfahren und gefälligst arbeiten sollen“, sagen die BettlerInnen unisono. Aufhalten wird sie das nicht. Wie sagt der 30-jährige Liviu aus Rumänien so treffend: „Solange es mir hier, auf der Straße, besser geht als zu Hause, werde ich herkommen und betteln.“

ÖSTERREICHISCHER INTEGRATIONSFONDS

Eine neue Willkommenskultur

Seit einem Jahr gibt es die neuen Welcome Desks. Die ÖVP sieht in 25.500 Beratungsgesprächen eine Erfolgsstory. Die Opposition und ein ehemaliger ÖIF-Mitarbeiter sehen das anders.

TEXT: SÓNIA MELO, FOTO: WEINFRANZ



ÖIF wirbt mit Tausenden zusätzlichen Beratungsgesprächen. Zusätzliche Ressourcen gab es nicht.

25.500 Beratungen, fünf Standorte, Willkommenshandbücher in acht Sprachen und mobile Beratungsstellen in über 200 Gemeinden. Mit diesen Zahlen beschreibt der Österreichische Integrationsfonds (ÖIF) das erste Arbeitsjahr der Welcome Desks. Und das alles ohne ein dafür vorgesehenes zusätzliches Budget. Grund genug für Ex Vizekanzler Michael Spindelegger, die neue Integrationseinrichtung im vergangenen Juli zur „Erfolgsstory“ zu erklären. Die Opposition sieht das ein bisschen kritischer. Die Grünen-Abgeordnete Alev Korun spricht von einer gelungenen PR-Aktion. Ein ehemaliger ÖIF-Mitarbeiter, der nicht namentlich genannt werden möchte, sieht es ähnlich. Vor über einem Jahr eröffnete der ÖIF den ersten Welcome Desk in Wien. Es folgten weitere in den Landeshauptstädten Graz, Linz, Salzburg und Innsbruck. Für diesen Herbst ist die nächste Einrichtung in Klagenfurt geplant. Die Welcome Desks sind als Erstberatungsstellen für MigrantInnen gedacht, ihr Ziel: Den Zuwanderern soll ihr „Willkommen sein“ in Österreich vermittelt werden. Darüber hinaus wird an den Willkommensstellen beraten sowie über Rechte und Pflichten informiert. Und weil seit längerer Zeit Integration das zentrale Zauberwort bei Fragen der Einwanderung ist, will man bereits in den Herkunftsländern mit der Beratung beginnen. Derzeit läuft ein Pilotprojekt in der Türkei, wo in der österreichischen Botschaft die Beratungstermine für Österreich vergeben werden. Also, „Integration von Anfang an“.

Alles nur PR?

Die Opposition übt indes Kritik. Alles andere als erfolgreich sieht Alev Korun die Bilanz der Welcome Desks nach einem Jahr. „Das ist doch alles nur PR“, ist die Integrationssprecherin der Grünen überzeugt. Korun begrüßt zwar, dass die Bundesregierung eine Willkommenskultur anstrebt – spät, aber doch, wie sie anfügt. Und zwar ganze 50 Jahre nach dem Anwerbeabkommen zwischen Österreich und der Türkei für die damaligen „GastarbeiterInnen“. Die neue Willkommenskultur hält Korun „nicht für glaubwürdig, vielmehr eine Floskel“. Was

vor einem Jahr als Wahlkampf-Gag begonnen habe, sei ein Jahr später nicht zu einer substanziellen Einrichtung gereift. Korun hat einen Bekannten zum Wiener Welcome Desk geschickt, um das Service zu testen. Diesem sei aber bloß eine Lehrmappe mitgegeben worden, beraten wurde er nicht. „Es braucht aber viel mehr als einen Schalter, wo einem fünf, sechs Broschüren in die Hand gedrückt werden“, bekräftigt die grüne Integrationssprecherin. Zudem kritisiert Korun, dass für die Welcome Desks vom Integrationsfonds kein zusätzliches Budget eingeplant wurde. Denn „eine solche zusätzliche Struktur braucht auch die nötigen finanziellen Ressourcen“. Franziska Troger, Leiterin des Kommunikationsteams des ÖIF, sieht das naturgemäß anders. Ein besseres Angebot würde nicht unbedingt mehr Kosten verursachen, glaubt sie. Troger erklärt, das Angebot des ÖIF sei insgesamt gleich geblieben, durch Um-

Ex-ÖIF-Mitarbeiter: „Umfassende Beratung war nicht möglich. Wir arbeiteten schon zuvor am Limit.“

strukturierungen und Optimierungen, etwa durch Handbücher in mehreren Sprachen, habe man ein besseres Ergebnis erzielt. Nach einem kurzem Beratungsgespräch folgt, je nach Bedürfnis der KlientInnen, ein zweites, längeres Gespräch, versichert Troger. Auch die Willkommensbroschüren des ÖIF seien höchst hilfreich, sie geben den Zuwanderern wichtige Auskünfte über rechtliche und kulturelle Aspekte Österreichs und dienen zur Vermittlung der österreichischen Werte. Auch Praktisches sei darin zu finden: Wie MigrantInnen ihre Kinder in Kindergärten anmelden können oder auch die Tatsache, dass Frauen und Männer in Österreich gleichgestellt sind, hat man für die Einwanderer zusammengefasst. Für Korun eine Schönfärberei: „Dass in diesem Land Frauen immer noch um ein Drittel weniger verdienen als Männer“, das sei im Handbuch der ÖIF-Welcome-Box nicht zu lesen, „aber im realen Leben zu spüren“.

Ressourcenmangel

Im ÖIF sieht man die Welcome Desks als Teil eines Programms, das ein landesweites Netzwerk schaffen will, um auch MigrantInnen, die fernab von den Landeshauptstädten wohnen, entgegenzukommen. So bietet der ÖIF mobile Beratungen in Kooperation mit den Gemeinden an, auch MitarbeiterInnen von Behörden werden in Workshops ausgebildet. Ziel sei es, so Troger, „für den Integrationsprozess eine Struktur zu schaffen“.

KritikerInnen halten dem entgegen, dass man die Workshops gemeinsam mit den MigrantInnen selbst wesentlich effektiver und spannender gestalten und von deren Erfahrungen lernen könnte. Erst auf diese Weise würden die Welcome Desks mit Leben erfüllt.

Ob Koruns Testperson, der man eine Broschüre in die Hand gedrückt hat, zur stattlichen Anzahl von 25.550 Beratungsgesprächen dazugezählt wurde, ist nicht bekannt. Für Korun ist aber klar, dass die eigentliche Beratungsarbeit nach wie vor die NGOs leisten. Diese Organisationen seien es auch, bei denen die Willkommenskultur geblieben ist. Ein ehemaliger Mitarbeiter des ÖIF, der namentlich nicht genannt werden möchte, hat den Start der Welcome Desks noch miterlebt. Er versteht die Kritik, wenn er meint, dass die Welcome Desks am Bedarf der MigrantInnen völlig vorbei gingen. In der Realität sei es etwa so, dass die KlientInnen eher um Deutschkurse anfragen und weniger um Broschüren mit den Werten Österreichs. Deutschkurse werden vom ÖIF aber nur für Asylberechtigte gefördert. Und für Broschüren müsse man die Leute nicht extra in Beratungsstellen schicken.

Eine umfassende Beratung sei außerdem gar nicht möglich gewesen, berichtet der ehemalige Mitarbeiter, da „weder das Personal noch die Personalstunden aufgestockt wurden und auch die Räumlichkeiten nicht erweitert wurden“. Eigentlich hätten sich die MitarbeiterInnen des ÖIF schon mit ihren täglichen Aufgaben der ÖIF-Beratung am Limit bewegt. Längere Beratungen am Welcome Desk seien dadurch schlicht nicht möglich gewesen, so der Nachsatz.

AUTOBIOGRAPHIE

Auf der Flucht

Die Militärs hatten ihn schon gefangen, doch Emmanuel Mbolela entkam. Zwei Jahre schlug sich der politische Aktivist aus dem Kongo durch halb Afrika. Am Ende landete er in Holland. Mbolele schrieb ein Buch über sein Leben, die erfahrene Gewalt, und das verzerrte Bild, das Europa von Schleppern hat.

INTERVIEW: GUNNAR LANDSGESELL, FOTO: KARL NESSMANN

Sie sind nach zwei langen Jahren der Flucht aus dem Kongo 2008 in den Niederlanden angekommen. Wie leben Sie jetzt?

Ich habe eine Aufenthaltsgenehmigung in Holland, und bisher habe ich in einem Gemüseverpackungsbetrieb am Fließband gearbeitet – unter schlimmen Bedingungen, aber jeder hatte Angst, seinen Job wieder zu verlieren. Mein Vertrag ist jetzt ausgelaufen, deshalb habe ich mein Handelsstudium in Amsterdam wieder aufgenommen. Daneben mache ich ein Praktikum bei einer Flüchtlingsberatungsstelle. Ein Problem ist, dass die Leute in Holland so isoliert leben, jeder bleibt für sich. Vor allem aber, dass man keine Arbeit findet, die den eigenen Qualifikationen entspricht.

Die Arbeitsgenehmigung war kein Problem?

Nein, das war Teil des Resettlement-Programms, mit dem ich schließlich nach Europa kommen konnte. Der UNHCR hat das ermöglicht.

In den vergangenen 20 Jahren wurde im Kongo größtmäßig fast die gesamte Bevölkerung von Österreich getötet. Sie selbst waren als Student und politischer

Aktivist in ihrer Heimatregion Kasai aktiv, engagierten sich gegen politische Gewalt und Diktatur. Hatten Sie schon früher damit gerechnet, flüchten zu müssen?

Nein, ich hatte auch nie den Plan, wegzugehen, obwohl einem die Gefahr natürlich bewusst ist. Vor meiner Flucht hatte ich mein Land noch nie verlassen. Als ich bei einer Demo verhaftet wurde und danach freigekommen bin, hat man mir nahegelegt, schnell aus dem Kongo zu verschwinden. Ich bin dann ins Nachbarland nach Kongo-

Ich hatte nie den Plan, wegzugehen, obwohl einem die Gefahr bewusst ist.

Brazzaville geflüchtet, dort konnte ich aber nicht bleiben. Politische Flüchtlinge werden von dort oft zurückgeschoben und vice versa. Ich bin dann nach Kamerun weitergezogen, wusste aber nicht, wohin ich sollte.

Haben Sie mit Ihren Eltern – sie sind Bauern und Viehzüchter – Ihre Flucht besprochen?

Es waren meine Eltern, die alles darangesetzt haben, mich rasch aus dem Gefäng-

nis zu bekommen. Sie haben viel Geld an das Personal bezahlt, das war eine Frage von Leben oder Tod. Ich bin noch in derselben Nacht über den Fluss nach Brazzaville gebracht worden, es gab keine andere Option.

Sie beschreiben in Ihrem Buch beeindruckend, dass der Kongo ein sehr reiches Land ist, reich an Rohstoffen, Diamanten, Hölzern, fruchtbaren Böden, an Wasserkraft. Wer profitiert davon?

In Kasai, der Region, wo ich herkomme, gibt es große Diamantvorkommen. Aber nur ein kleiner Teil der Bevölkerung hat davon profitiert, der Reichtum wurde in die Hauptstadt abgezogen, unsere Region wurde vollkommen vernachlässigt. Das Ergebnis ist ein fürchterlicher Mangel an Bildung und jeglicher Infrastruktur. Auch dagegen haben wir uns organisiert.

Sie schrieben Ihr Buch sehr sachlich, über die Verhältnisse im Kongo und Ihre schwierige Flucht. War es belastend, Ihre Geschichte niederzuschreiben?

Es war nicht einfach, ich hatte schon auf der Flucht in Marokko damit begonnen, aber die Bilder schrecklicher Ereignisse sind wieder hochgekommen. Darüber konn-



Das Afrika der Misere ist sehr präsent in europäischen Medien. Von den Menschen, die sich organisieren, vom Mittelstand, wird kaum berichtet. Man sollte die Berichte der Wirklichkeit anpassen.

te ich nicht schreiben, das kann man auch den Lesern nicht zumuten. Obwohl ich tausend Seiten füllen könnte. In Holland habe ich das Buch aber doch beendet. Ich sehe darin ein Mittel für den politischen Kampf, dass es besser wird im Kongo. Die Leute in Europa sollen wissen, welche strukturellen Gründe Menschen zur Flucht treiben und was man da erlebt.

Das Bild von Afrika wird in Europa vor allem über negative Ereignisse bestimmt: durch Kriege, Hungersnöte, Armut. Wie sehen Sie das?

Das Afrika der Misere, das Menschen zeigt, die die Arme verschränken und warten, bis es besser wird, ist hier sehr

Es gab mehrere Momente, wo wir den Tod ganz nahe gefühlt haben.

dominant. Von den Menschen, die sich organisieren, von einem Mittelstand, vom Fortschritt, den es auch gibt, wird kaum etwas berichtet. Die Berichterstattung sollte man der Wirklichkeit anpassen. Man muss eben beides zeigen.

Viel wird auch von ethnischen Konflikten berichtet und von tribalistischer Wahl- und Verteilungspolitik. Ist der Kongo ein Failed State? Glauben Sie, dass das kolo-

niale europäische Konzept des Nationalstaats für Afrika untauglich ist?

Nein, das glaube ich nicht. Ich sehe eher die Gefahr einer Balkanisierung des Kongo. Die Einheit des Landes ist aber wichtig für den Wohlstand und die Zukunft. Es stimmt, dass es viele Ethnien im Kongo gibt. Das wurde erst zum Problem, als die Kolonialmächte bestimmte Gruppen über andere gestellt und ein System der Spaltung errichtet haben. Dass es viele Sprachgruppen gibt, spielt bei Konflikten keine Rolle. Die finden vor allem dort statt, wo es um Rohstoffe und Verteilungsfragen geht, etwa im Osten des Landes. Dort gibt es nur wenige ethnische Gruppen, aber den schrecklichsten Krieg. Die 400 Sprachen im Kongo sind sicherlich ein Reichtum der Gesellschaft.

Wurde die Situation nach den Präsidenten Mobutu und Laurent-Désiré Kabila Kabila mit Kabilas Sohn Joseph als Nachfolger besser?

Joseph Kabila ist nicht in der Lage, etwas für die Gesellschaft zu bewirken. Man hat ihn an diese Position gesetzt, ohne dass er überhaupt besondere Kenntnis über das Land hat. Als Mobutu alt wurde und die Berliner Mauer fiel, kam Laurent-Désiré Kabila gerade zur rechten Zeit: Die Amerikaner und westliche Mächte unterstützten ihn als neuen starken Mann. Als er unliebsam wurde, beseitigte man ihn, nun ist sein Sohn Joseph an der Macht. Kaum jemand kannte ihn, es ist, als wäre er mit einem Fallschirm vom Himmel gefallen.

Ihre Flucht hat zwei Jahre gedauert und ging über viele Stationen, oft wussten Sie nicht weiter. Wie haben Sie diese Zeit erlebt? Ist das ein Zustand ständiger Gefahr, oder kann man auch einmal durchatmen?

Es gab mehrere Momente, wo wir den Tod ganz nah gefühlt haben. Es gab auch längere Phasen, wo man sich ausruhen und nachdenken konnte, um Abstand zu kriegen. In Mali habe ich intensiv den interkongolesischen Streit verfolgt und gewartet, ob ich – je nach Ausgang – vielleicht wieder zurückgehen kann. Wirklich schlimm war es in der Sahara, wo ich auch fast umge-



Das Bild, das man von Schleppern in Europa hat, ist etwas verfälscht. Das ist eine Dienstleistung, die in dieser Situation notwendig ist.

kommen wäre. In Südalgerien ist man der völligen Willkür von bewaffneten Gruppen ausgeliefert, die einem Gewalt antun und alles rauben, was man noch besitzt. Es gab auch Chauffeure, die uns reingelegt haben, die uns irgendwo in der Wüste aussteigen ließen, wo wir dann herumgeirrt sind.

Sie beschreiben, wie in der Wüste die Fahrer mit bewaffneten Banden kooperieren. Aus dem Wagen, in dem Sie mitfahren, wurden mehrmals Frauen in der Nacht abgeholt, vergewaltigt und in der Früh wieder zurückgebracht. Waren Sie da völlig auf sich gestellt?

Man weiß leider nicht, was solche Chauffeure im Sinn haben. Falls sie mit bewaffneten Banden kooperieren, ist man ihnen ausgeliefert. Die Schlepper können einen nicht wirklich beschützen, weil sie weit weg sind und einen an andere Leute vermitteln, denen sie vertrauen. An wen und an welche Fahrer man schließlich kommt, kann man nicht durchschauen.

Haben Sie die Rolle der Schlepper dennoch positiv erlebt?

Ich frage mich, ob das Bild, das man von Schleppern in Europa hat, nicht etwas verfälscht ist. Letztlich ist es die Arbeit der

Schlepper, Leute, die keine Papiere haben und auf der Flucht sind, zu organisieren und zu begleiten. Dafür bezahlt man sie. Natürlich gibt es bessere und schlechtere. Aber im Prinzip ist das eine Dienstleistung, die in dieser Situation notwendig ist. Oft trifft man auch auf Reisende, die kein Geld mehr haben, sich kurzfristig niederlassen und dann auch die Weiterreise für andere organisieren können. Aber natürlich gibt es auch eine ganz andere Schlepperei, die mit Drogen- und Waffenhandel zu tun hat. Da muss man differenzieren, das hat mit Fluchthilfe und der bezahlten Fluchtmittlung nichts zu tun.

Wer sind die Schlepper überhaupt?

Oft handelt es sich um Migranten, denen selbst das Geld zur Weiterreise ausgegangen ist. Für Neuankommlinge, die sich vor Ort nicht auskennen, ist das eine wichtige Hilfe. Wo soll man in einer Stadt übernachten, wenn man kein Geld mehr hat? Jemand hat ein Auto, bringt die Leute für eine kleine Summe in ein Wäldchen am Stadtrand, wo man sicher ist vor Übergriffen oder den Behörden.

Gäbe es UNHCR-Büros in Subsahara-Afrika, wo man um Hilfe, um Asyl ansu-

chen kann – wäre dann der Schlepper als Dienstleister nicht mehr gebraucht?

Das UNHCR hat in den Subsahara-Ländern nicht genügend Mittel, das ist eine Katastrophe. Ich hätte den Weg Richtung Norden nicht fortgesetzt, würden die UN im Nachbarland Kongo-Brazzaville dafür sorgen, dass man nicht zurückgeschoben wird. Im Benin gab es zwar ein UNHCR-Büro, das war aber geschlossen. Dort habe ich Flüchtlinge getroffen, die von der Polizei verprügelt und verjagt werden. Dort gab es keinen Schutz. In Marokko ist der UNHCR gut ausgerüstet, aber dort gibt es viel weniger Flüchtlinge. Ich frage mich, warum nicht weiter südlich, etwa rund um Sambia, Büros eingerichtet werden.

Vielen Dank an Dieter Alexander Behr für die Übersetzung aus dem Französischen.



Emmanuel Mbolela:
Mein Weg vom Kongo nach Europa. Zwischen Widerstand, Flucht und Exil.
Mit einem Vorwort von Jean Ziegler.
192 Seiten, 19,90 Euro
Mandelbaum Verlag



FLÜCHTLINGSBETREUUNG

Integration ist nicht vorgesehen

Ein Bett zum Schlafen, ein Dach über dem Kopf. Für eine seriöse Betreuung reicht die Grundversorgung nicht aus, sagen Flüchtlingsorganisationen. Ohne Spendengelder würde das Betreuungssystem zusammenbrechen.

TEXT: CLARA AKINYOSOYE, FOTO: KARIN WASNER

17.503 – so viele Menschen haben 2013 in Österreich um Asyl gesucht. Gäbe man jedem eine leerstehende Wohnung in Wien, wären immer noch mindestens 12.497 Wohnungen frei. Doch so einfach ist die Unterbringung von AsylwerberInnen freilich nicht. Bund und Länder teilen sich – geregelt durch die Grundversorgungsvereinbarung – die Kompetenzen. Der Bund kümmert sich um AsylwerberInnen, die noch nicht im Verfahren sind, und um Menschen, die abgeschoben werden. Die Länder sorgen für jene Menschen, die ins Asylverfahren aufgenommen werden. Doch das System ist brüchig. Ein Großteil der Länder hält sich nicht an die vereinbar-

ten Unterbringungsquoten. Zudem hat Niederösterreich im Sommer die Pforten des Erstaufnahmezentrums Traiskirchen für weitere Aufnahmen geschlossen – aus Platzgründen, wie es heißt. Notquartiere müssten organisiert werden. Jetzt wird verhandelt. Flüchtlingsorganisationen sehen darin politisches Geplänkel auf dem Rücken Schutzsuchender. „Wir sind in die Gespräche bisher nicht eingebunden worden“, sagt Barbara Schmallegger, Bereichsleiterin für Unterbringung und Betreuung im Diakonie-Flüchtlingsdienst. Dabei hätte das Netzwerk Agenda Asyl, dem die Diakonie auch angehört, doch bereits einen Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der Grundversorgung veröffentlicht. Einer der zentra-

len Punkte ist der Ruf nach mehr Geld für die Betreuung. Das wird in Sparzeiten wie diesen auf wenig Gegenliebe stoßen.

19 Euro sind zu wenig

UnterkunftbetreiberInnen erhalten für die Unterbringung, Versorgung und Betreuung der AsylwerberInnen vom jeweiligen Bundesland 19 Euro pro Tag und Person. Derzeit befinden sich rund 16.000 Menschen in Grundversorgung. Doch mit diesen Mitteln sei eine Unterbringung mit vernünftiger Betreuung nicht machbar, sagt Schmallegger. Besonders den in die Kritik geratenen privaten Pensionen fehle es an Geld, um eine bessere Versorgung gewährleisten zu können. „Jemand, der seine Pen-



Barbara Schmallegger (Diakonie), Andrea Eraslan-Weninger (Integrationshaus): zu wenig Mittel für vernünftige Betreuung.

sion am Leben erhalten möchte, ist gewinnorientiert und wird vieles von dem, was wir anbieten, nicht anbieten. Denn wo bliebe dann sein Gewinn?“, fragt Schmallegger. Erst im vergangenen Jahr wurde der Tagssatz von 17 auf 19 Euro erhöht. Doch das sei „gerade mal ein Tropfen auf dem heißen Stein“, von einer Indexanpassung jedenfalls weit entfernt. Eines ist aber allen klar: Ohne Spenden würde das Betreuungssystem kollabieren. Letztlich werden durch Spenden viele Betreuungsleistungen finanziert, die für eine qualitative Versorgung notwendig sind. Dazu Schmallegger: „Mit Sachspenden richten wir Zimmer und Wohnungen ein. Mit den Geldspenden stopfen wir Löcher. Und Ehrenamtliche arbeiten mit Kindern oder geben Deutschkurse.“ In den Flüchtlingsquartieren der Diakonie ist rund um die Uhr eine Ansprechperson anwesend, qualifiziertes Personal betreut die AsylwerberInnen in den verschiedensten Belangen. Von Orientierungshilfe bis hin zur Schuldnerberatung wegen Schwarzfahr-Strafen, „die sich bei uns türmen“, erzählt Schmal-

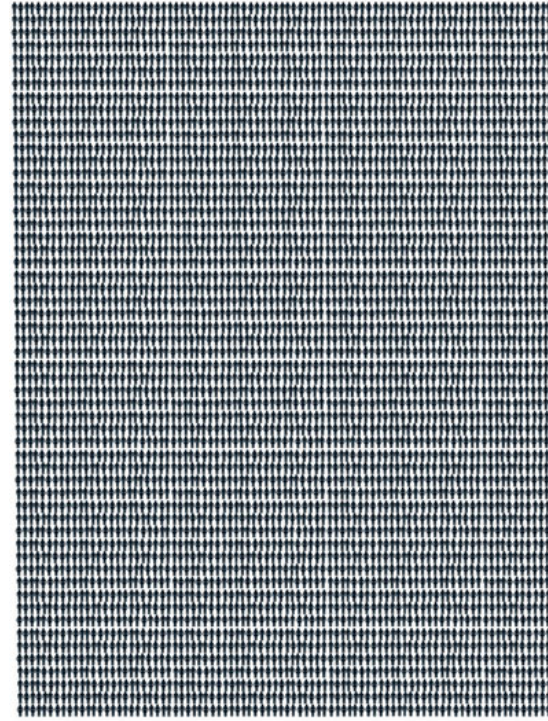
legger. DolmetscherInnen müssen selbst bezahlt werden. Alles Teil einer Betreuung, die kostet. Betreuung, die vom Bund in dieser Form zum Teil gar nicht vorgesehen ist. Das zeigt sich etwa bei der Frage wie man die Menschen beschäftigen soll, die oftmals jahrelang auf ihren Bescheid warten, auf ein Taschengeld angewiesen sind und ihre Zukunft nicht planen können.

Integration durch Spenden

Deutsch lernen, Integration vorantreiben? Das unterstützt der Bund nicht. Außer für schulpflichtige Kinder und minderjährige, unbegleitete Flüchtlinge sind Deutschkurse für Asylsuchende nicht vorgesehen. Wenn es nach den politisch Verantwortlichen geht, heißt es: Integration beginnt mit der Erteilung des Aufenthaltstitels. Zu spät, meinen Organisationen wie die Caritas, die eine Vielzahl von Asylheimen betreibt. Sie bietet auch für AsylwerberInnen Deutschkurse an – kostenlos oder gegen einen geringen Unkostenbeitrag. „Man muss schauen, dass man die Menschen bei Laune hält, damit sie nicht in Depressionen verfallen“, sagt Irmgard Joo, Leiterin des Caritasheuses Amadou, das seit 1992 ein Hafen für Asylsuchende ist. Zu warten und nicht produktiv sein zu dürfen, mache die Menschen müde. Doch für die Integration von Menschen, die der Bund nicht als Zielgruppe für Integration definiert, kommt der Staat nicht auf. Die Gesellschaft tut es dennoch – durch Spenden und ehrenamtliches Engagement.

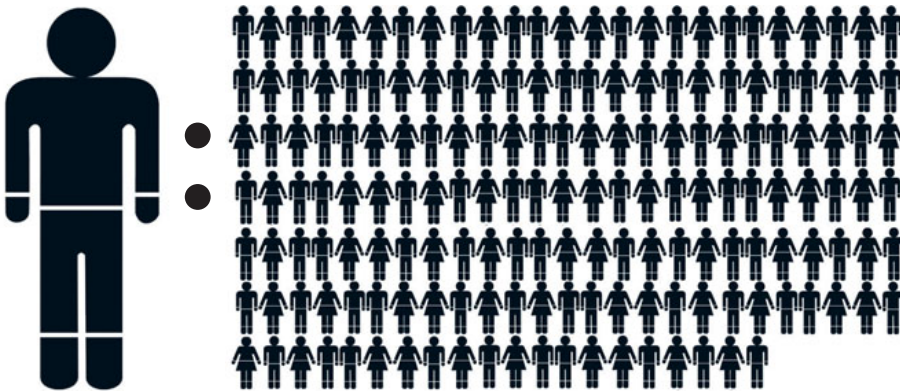
Ein faires System sieht anders aus

Kritik an der Grundversorgung kommt auch von der Geschäftsführerin des Integra-



tionshauses Andrea Eraslan-Weninger. „Es gibt keine einheitlichen Qualitätsstandards und Kontrollen.“ Zwischen und auch innerhalb der Bundesländer gibt es erhebliche Qualitätsunterschiede, was Unterbringung und Betreuung betrifft. SozialarbeiterInnen, mehrsprachiges Personal, PädagogInnen für die Kinderbetreuung sind nicht in allen Einrichtungen eine Selbstverständlichkeit. Die Voraussetzungen für die Anerkennung als Asyleinrichtung beziehen sich größtenteils auf infrastrukturelle Kriterien: Zimmergröße, Sanitäreinrichtungen, Zugangsbinding. Menschen in Grundversorgung müssen zwar beraten werden, aber der Betreuungsschlüssel sei mit 1:170 viel zu hoch, sagt Eraslan-Weninger. Das Wiener Integrationshaus hat einen Schwerpunkt auf Menschen gesetzt, die besonders schutzbedürftig und verletzlich sind: Traumatisierte, psychisch Kranke, aber auch Kinder, AlleinerzieherInnen oder Schwangere.

Für chronisch oder psychisch Kranke können UnterkunftsbetreiberInnen mitunter einen erhöhten Betreuungsbedarf geltend machen. Statt 19 Euro werden dann 42 Euro für die Versorgung und intensive Betreuung ausbezahlt. Doch auch das sei bei einer professionellen Betreuung nicht kostendeckend. Die Rahmenbedingungen



Der Betreuungsschlüssel für Beratungen liegt bei 1:170. „Das ist nicht das, was wir als psycho-soziale Betreuung verstehen“, sagt Eraslan-Weninger.



17.503

17.503 Menschen suchten 2013 in Österreich um Asyl an. Selbst wenn alle positiv beschieden würden und jede/r eine leerstehende Wohnung in Wien erhielte, wären immer noch mindestens 12.497 Wohnungen frei.

für den „erhöhten Betreuungsbedarf“ hält die Integrationshaus-Chefin für stark verbesserungswürdig. Denn der erhöhte Betreuungsbedarf ist rechtlich nicht in der Grundversorgung verankert und wird nicht flächendeckend angeboten. „Leider sind auch die Kriterien zu streng bemessen. Wer von der Flucht „lediglich“ traumatisiert ist, erfüllt die Kriterien nicht. Es sei denn es würde zusätzlich z.B. eine Depression diagnostiziert“, kritisiert Eraslan-Weninger. Viele Menschen, die einen Platz bräuchten, bekommen keinen, weil sie die Voraussetzungen nicht erfüllen.

Der Bartenstein-Erlass

Erhielten AsylwerberInnen Zugang zum Arbeitsmarkt, würde das die Grundversorgung entlasten. Dann könnten die Menschen ihren Lebensunterhalt oder einen Teil davon selbst verdienen und dem Staat Geld bringen statt kosten. Doch der Staat lässt es nicht zu. Wie in Österreich mittlerweile bekannt, beschränkt sich der Arbeitsmarkt auf Saison- oder Erntearbeit. Auch darf man sich selbstständig machen – solange dafür kein Gewerbe angemeldet werden muss. Deshalb sind Asylwerber mitunter als Zeitungskolporteur tätig, Asylwerberinnen in der Sexarbeit. Der sogenannte

„Bartenstein-Erlass“, der die Arbeitsmöglichkeiten für AsylwerberInnen 2004 dahingehend nochmals verschärft hat, ist nicht nur Flüchtlingsorganisationen ein Dorn im Auge. Vergangenes Jahr haben sich neben der Industriellenvereinigung, der WKO und dem ÖGB auch die Arbeiterkammer und Teile der SPÖ in Richtung Liberalisierung bewegt. Auch innerhalb der ÖVP

Wer von Flucht „lediglich“ traumatisiert ist, erfüllt die Kriterien nicht. Es sei denn, es würde noch eine Depression diagnostiziert.

gab es Stimmen, die sich wohlwollend zu einer Lockerung des Arbeitsmarktzugangs für Asylwerbende geäußert haben. Seitdem ist es allerdings wieder still geworden. Nicht so in Deutschland. Dort haben AsylwerberInnen nach neun Monaten Zugang zum Arbeitsmarkt. Die Voraussetzung ist allerdings, dass sich keine Deutschen, EU-BürgerInnen oder anerkannten Flüchtlinge für den Job finden. Nun hat die Bundesregierung dem Bundestag ein Gesetz vorgelegt, wonach die Frist von neun auf drei Monate verkürzt werden soll. Die Abstimmung da-

rüber wurde vertagt und soll voraussichtlich im Herbst stattfinden. Derweil ist in sechs deutschen Städten ein Pilotprojekt zur Arbeitsmarktintegration von AsylwerberInnen angelaufen. Zentraler Punkt: Die Menschen sollen schon während sie warten – etwa durch Deutschkurse – auf den Arbeitsmarkt vorbereitet werden. In Österreich haben Flüchtlingsorganisationen ihre Forderung nach einem uneingeschränkten Arbeitsmarktzugang für AsylwerberInnen bekräftigt. Wer lang vom Arbeitsmarkt weg ist, findet sich schwerer wieder in die Strukturen ein. Das haben Studien über Langzeitarbeitslose längst bewiesen.

Nach langer Erwerbslosigkeit ist nun auch die Nigerianerin Sherry H. (Name geändert) auf der Suche nach Arbeit. Sie lebt seit 13 Jahren in Österreich, seit Kurzem mit einem Aufenthaltstitel. Die Alleinerzieherin wohnt in einem Caritas-Heim, dort hat sie sogar ihr erstes Kind auf die Welt gebracht. Sherry H. hat eine Leidensgeschichte hinter sich. Eine Geschichte, die sie nicht erzählen will, aus einer Zeit, in die Sherry H. nicht einmal gedanklich zurückkehren möchte. Sie will in die Zukunft blicken, Arbeit finden, schnell raus aus dem Heim. Denn, erklärt Sherry: „Es gibt viele Menschen, die so einen Platz brauchen.“



Auf sich gestellt: Kinder in ausgedürretem Land.

STRASSENKINDER

Neue Chancen

In Rumänien landen Hunderte Jugendliche aus Armut auf den Straßen. Sie leben auch in Kanälen, schnüffeln Lack. NGOs wie Concordia springen ein, wo Eltern oder der Staat fehlen.

REPORTAGE UND FOTOS: EVA BACHINGER

Es ist schwül in Bukarest, die Autos stauen sich durch die mehrspurigen Straßen. Auch viele, neu glänzende SUVs sind darunter. Eine Frau schiebt ihre Sonnenbrille ins Haar und zückt ihr Smartphone. Für die vollbesetzten öffentlichen Busse ist hier kein Durchkommen. Die Luft ist voller Abgase, es ist dröhnend laut. Doch es gibt einen Ort, wo es noch heißer ist: unter der Straße, im Kanalsystem. Obdachlose haben beim Bahnhof von Bukarest, dem Gara de Nord, den Kanaldeckel entfernt und das Loch im Boden vergrößert. Heiße Luft und üble Gerüche wehen einem entgegen, eine Mischung aus

menschlichen Ausdünstungen, Fäkalien, Verwesung und Essen. Über eine wackelige Leiter klettern wir nach unten. Es ist besser, man drückt sich ein T-Shirt vor die Nase und atmet nur durch den Mund. Bevor man in einen engen, niedrigen Gang gelangt, wo an beiden Seiten brennheiße Heizungsrohre verlaufen, drücken wir uns durch eine enge Öffnung. Was ist bei einem Rohrbruch, wenn Wasser die Gänge flutet?, fragt jemand. „Dann ertrinken die Leute wie die ...“ Fabian Robu, der Sozialarbeiter von der NGO Concordia, spricht den Satz nicht zu Ende. Robu, ein Mitarbeiter des Sozialprojekts von Pater Georg Spor-

schill, führt heute eine Gruppe von JournalistInnen in die Katakomben von Bukarest. Die Reise verfehlt bei den Teilnehmenden ihre Wirkung nicht.

Pure by magic

Was einem hier unter der Stadt begegnet, ist schockierend. Doch die Menschen, die hier leben, haben sich an all das gewöhnt, sagen sie. Sie merken nicht mehr, wie sehr ihnen dieses Leben alles raubt. Viele von ihnen betäuben sich, saugen Aurolac, einen Lackverdünner, aus einem Plastiksackerl. Ein jugendlicher weist schwere Verbrennungsnarben am Hals auf, der Lack hatte sich einmal



In Rumänien wurden nach der Wende viele Waisenhäuser aufgelassen. Auch heute noch landen Kinder auf der Straße, werden von NGOs betreut.

entzündet. Im Spital hat er um sein Leben gekämpft. Spritzen liegen herum, mehrfach gebraucht, untereinander ausgetauscht. Oft spritzen sich die Jugendlichen auch ein Pflanzenschutzmittel mit Namen Ethnobotanical. Zwölf Euro kostet ein Säckchen mit je 25 Gramm, „pure by magic“ steht auf der Verpackung. Die Mittel sind legal erhältlich, sie vergiften den Körper, schädigen die Organe und führen zu Halluzinationen. Manche bleiben zwei Tage und Nächte ständig in Bewegung, erst bei völliger Erschöpfung wenden sie sich an den Streetworker.

Costin Nedelcu arbeitet in Lazarus, einem Sozialzentrum, das Concordia in Ploiesti, etwa 60 Kilometer von Bukarest entfernt. Dort werden Jugendliche, aber auch Volljährige aufgenommen, können eine Ausbildung absolvieren. Auch einen Kindergarten gibt es dort. In der Kapelle von Lazarus hängen viele Fotos. Porträts von Verstorbenen, deren Gesichter gezeichnet sind. Die meisten sind kaum 20 Jahre alt geworden. Costin fährt mehrmals in der Woche zum Gara de Nord nach Bukarest und bringt den Jugendlichen Tee und einen Imbiss. Er

redet ihnen gut zu. „Ihr müsst nicht so leben, steigt aus dem Kanal, kommt zu uns.“ Dann steigen sie aus dem Kanal, meistens aber nur, um zu betteln oder Müll zu sammeln. Den zerlegen sie in Einzelteile und verkaufen ihn. Oder sie tänzeln durch die Straßen, in Trance, ohne das wütende Gehepe der AutofahrerInnen wahrzunehmen. Die Menschen, die an der nahen Bushaltestelle des Bahnhofs warten, wenden ihren Blick ab. Ein Kind steht am Kanalloch und schaut hin, sein Vater zieht es schnell weg.

Die erste Torte

Wie anders sind die Augen von Adriana. Sie leuchten blau, die Wimpern fein säuberlich getuscht. Sie bedient heute beim Mittagessen die Tischgruppe der Leiter des Concordia-Heims in Ploiesti. Ihre Handgriffe wirken souverän. Die strahlend weiße Bluse, die zu einem Zopf geflochtenen Haare, die manikürten Fingernägel wirken nach dem Besuch im Untergrund wie aus einer anderen Welt. Adriana macht eine Lehre zur Kellnerin. Am Wochenende hat sie viel Trinkgeld bekommen, erzählt sie, und

ein Lächeln huscht über ihr Gesicht. Die Narbe, die durch das Make-up schimmert, sieht man erst bei genauerem Hinsehen. Adriana lebte zwar nicht auf der Straße, aber sie stammt aus einer sehr armen Familie. „Sie wäre wohl auf die Straße geraten“, vermutet Fabian Robu, der uns durch den Kanal geführt hat. Sobald sich die Jugendlichen im Sozialzentrum stabilisiert haben, werden sie auf weitere Einrichtungen der NGO verteilt: Hier in Ploiesti, wo Adriana arbeitet und lebt, können die Kinder und Jugendlichen Lehrberufe absolvieren, Kellner oder Bäckerin werden. „Jedes Kind bekommt zum Geburtstag eine Torte. Es ist für viele die erste Torte ihres Lebens“, erzählt der Bäckermeister. Es gibt ein Orchester; Karate, Musik, Volleyball und Fußball werden auch angeboten.

Ceaușescus Erbe

1989, als die Ära Ceaușescu zu Ende ging, landeten viele Kinder und Jugendliche auf der Straße. Die Waisenhäuser wurden aufgelöst und die Kinder ihrem Schicksal überlassen. Die Bilder von verwahrlosten Kindern



Ausbildungsstätten für aufgegebene Jugendliche. Das Projekt funktioniert.

in Gitterbetten in völlig heruntergekommenen Heimen gingen um die Welt. Die Zustände waren unhaltbar, viele Kinder nahmen auch einfach Reißaus. Die protzigen Bauten wie der Arcul de Triumf – dem Triumphbogen in Paris nachempfunden – oder der gigantische Parlamentspalast mit mehr als 5.000 Räumen, früher das „Haus des Volkes“ genannt, zeugen heute noch vom Größenwahn des rumänischen Diktators.

Nur die wenigsten der früheren Heimkinder konnten ein Leben unter normalen Umständen weiterführen, erzählt eine andere Jugendarbeiterin, Ana Palcu, die in der Diakonie im malerischen Sibiu arbeitet – die Stadt war 2007 gemeinsam mit Luxemburg Kulturhauptstadt Europas. Ein Großteil der Heimkinder von damals ist heute von Sozialhilfe abhängig, meist fehlt ihnen eine Ausbildung, um Arbeit zu finden. Die meisten Organisationen, die die Lage der Kinder zu verbessern suchen, sind aus dem Ausland finanziert. Dem rumänischen Staat mangelt es an Geld für deren Unterstützung. In dieser Situation machen sich nicht wenige Kinder ins Ausland auf, beginnen dort erneut zu betteln oder zu stehlen. Dass sie dazu gezwungen werden, wie immer wieder kolportiert wird, kann Ana Palcu nicht bestätigen.

Tatsächlich sieht man in Bukarest selbst kaum noch Kinder auf den Straßen. Wenn, dann sind es Kinder von obdachlosen jungen Frauen. Schätzungen zufolge gibt es etwa 5.000 obdachlose Menschen in Bukarest, einige hundert davon sind Jugendliche. Die Stadt würde wohl wieder am liebsten den Deckel auf die offenen Kanäle legen. Einmal habe sie das schon versucht,

Sibiu war 2007 Kulturhauptstadt Europas. Doch dem Staat fehlt das Geld für die Hilfe bedürftiger Kinder.

erzählt Fabian Robu. Doch mit Deckel drauf löst sich das Problem nicht.

Auch die 19-jährige Atie hat die Kurve gekratzt. Sie lebt im Wohnheim Casa Iuda in Bukarest, dort besucht sie die erste Klasse der „Schule der zweiten Chance“. Besonders hilfreich sei der strukturierte Tag im Heim, der sich zwischen Andacht, Arbeit und Essen abspielt. Atie fällt der Heimleiterin um den Hals und küsst sie auf die Wangen. Sie freut sich wie ein kleines Kind, denn Stefania Diaconu, die Leiterin des Casa Iuda, hat heute Geburtstag. Dafür hat sich Atie herausgeputzt und trägt ein blaues Kleid mit weißen Punkten. Sie kommt aus Constanta

am Schwarzen Meer aus einer Familie mit zwölf Kindern. „Ich habe nie eine Schule besucht. Als ich sieben Jahre alt war, haben mich meine Eltern auf die Straße und die Müllhalde geschickt. Wenn ich kein Geld mit nach Hause brachte, hat mich mein Vater verprügelt.“ Mit 13 Jahren hat Atie ein Kind bekommen. Der Bub, sagt sie leise, Fernando heißt er, ist bei ihrer Tante, die ihr nicht erlaubt, ihn zu sehen. Was erhofft sie sich von ihrem Leben? „Ich möchte einen Personalausweis. Dann kann ich arbeiten. Wenn ich Kinder habe, schicke ich sie nie auf die Müllhalde, ich schicke sie in die Schule“, sagt sie schnell und bestimmt. Am Abend drehen die Jugendlichen auf der Dachterrasse die Musik lauter. Atie trommelt. „Ich bin Romni, ich höre auf die Musik und fühle sie. Das liegt mir im Blut.“ Heute darf ein wenig Party gemacht werden. Die Kinder tanzen sich die Schwere aus dem Leib, pfeifen, klatschen, singen und lachen ausgelassen.

Preisniveau wie in Österreich

Die 22-jährige Mihaela kommt am Nordbahnhof hinzu. Sie sieht noch nicht so verwehrlost aus, doch in ihrer Hand hat sie einen schwarzen Plastiksack mit Lack. Nein, lange ist sie noch nicht auf der Straße. Sie bittet um ein Foto, das sie ihrer Mut-



Mihaela, 22, ist noch nicht lange auf der Straße. Sie bittet um ein Foto, das sie ihrer Mutter ins Gefängnis schicken will.

ter schicken kann, die im Gefängnis sitzt. Costèl ist 23 Jahre alt. Sein Gesicht ist voller Schnitte, er sieht älter aus, als er ist. Seit drei Monaten lebt er nun im Sozialzentrum Lazarus. Regelmäßig begleitet er den Streetworker, um auch andere dazu zu bewegen, mitzukommen. Er versucht zu erklären, warum er es länger nicht geschafft hat, von hier wegzukommen: „Auf der Straße gab es Freiheit. Wir konnten dort tun, was wir wollten.“ Doch am Nordbahnhof wacht einer über alle: „Bruce Lee“, „Capo“ nennen sie ihn. „Er ist der Boss, er kümmert sich um uns“, sagt einer. In Wahrheit versorgt er sie mit Stoff und hält sie abhängig. Er gehöre zu einer Art Mafia, sagen die Betreuer. „Im Kanal gibt es keine Zukunft. Solange man dort unten ist, hat man keine Perspektive“, weiß Fabian Robu. Während er die Wohngemeinschaften für die Jugendlichen in Ploiesti zeigt, erzählt er uns von Robert. „Mit zwölf Jahren kam er zu uns. Er hat gut gelernt, heute arbeitet er in Wien. Ich bin zu seiner Hochzeit eingeladen. Es ist wirklich gut, auch Erfolge sehen zu können. Einer hat es geschafft.“ Anfangs konnte er mit den Jugendlichen nichts anfangen, suchte vergebens nach Erfolgen. Er wollte aufgeben. Da habe ihm Pater Georg Sporschill, der Gründer von Concordia, gesagt: „Ich verstehe das, aber ich brauche keine Erfolge von

dir. Sei einfach für sie da, wie eine Mutter.“ Ein kleiner Junge, vier Jahre alt, wurde heute in einer Wohngruppe aufgenommen. In seiner Wohngruppe sitzt er stumm auf der Couch, er schaut traurig in die Ferne und sagt kein Wort. Robu fragt nach seinen Namen, doch er schaut zur Seite. Er fasst ihn an seinem kleinen Schuh und fragt noch einmal. Doch er schweigt. Die anderen

Wir haben kommunistische Gehälter, aber europäische Preise.

Kinder der Wohngruppe haben ihn in ihre Mitte genommen und umarmen ihn. Die Jugendlichen auf der Straße sind nicht nur das Resultat von Ceaușescus Diktatur, sondern auch der anhaltenden Armut in dem EU-Land. Eines der größten Probleme Rumäniens ist die Korruption. Dass sie völlig alltäglich ist, hängt stark mit dem Gehaltssystem zusammen. „Wir haben kommunistische Gehälter, aber europäische Preise“, so Cornelia Burtscher, die seit eineinhalb Jahren im Land lebt. Die Ware im Supermarkt erreicht ähnliche Preisniveaus wie in Österreich, auch Energie- und Kraftstoffpreise sind kaum billiger als hier.

Laut Eurostat waren 42 Prozent der RumänInnen 2012 von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht, nur in Bulgarien ist der Wert mit 49 Prozent noch höher. Selbst ein Arzt verdient im Schnitt nur 400 Euro im Monat. Für jede Behandlung halten viele die Hände für Extra-Geld auf. Es funktioniert, denn sonst bekämen die PatientInnen weder Operationen noch Impfungen, das Bestechungsgeld entscheidet auch darüber, ob ein Kaiserschnitt gemacht wird oder nicht. Auch das Bildungssystem ist korrupt. Es geht nicht um einen guten Platz für sein Kind, sondern darum, überhaupt einen Platz zu bekommen. Laut der NGO „Transparency International“ liegt Rumänien bezüglich Korruption an der 69. Stelle von 177 erfassten Staaten. Die niedrigen Gehälter führen zu Armut, zu Überforderungen in der Familie. Denn lächerlich gering ist auch die Kinderbeihilfe von monatlich 97 Lei, umgerechnet 20 Euro. Die Sozialhilfe beträgt 30 Euro, ob man sie überhaupt bekommt, hängt von der Kompetenz und vom Gutdünken der zuständigen BeamtInnen ab, schildert Palcu von der Diakonie. Die Regierung hat das Programm „Milch und Brot“ ins Leben gerufen: Kinder bis zur vierten Klasse, die die Schule besuchen, erhalten ein Kipferl und ein Päckchen Milch. Satt wird man davon nicht.



„DER STANDARD lässt mich verzweifeln. Aber deshalb abonniere ich ihn ja.“

Gertraud Klemm, Autorin und Abonnentin seit 2000



8 WOCHEN 8 EURO

Jetzt bestellen: derStandard.at/1erAbo

DER STANDARD lässt Meinungen und Gegenmeinungen zu. Wie er sich das erlauben kann? Dank jener Menschen, die ihn aus genau diesem Grund abonnieren.

derStandard.at/1erAbo, aboservice@derStandard.at oder 0810/20 30 40

Angebot gültig bis 31. 12. 2014. Zustellung nur im Inland möglich, sofern in Ihrem Haushalt in den letzten 6 Monaten kein STANDARD-Abo bezogen wurde.



Die Zeitung für Leser

NEUES VON DER BOCK

Von ihr kann man alles haben, nur kein Nein. Die Flüchtlingshelferin Ute Bock ist im wahrsten Sinn grenzenlos. Ihre Sozialarbeit: der ganz normale Wahnsinn. Alltag in Wien.

FOTO: LEA FRIESSNER



Frau Bock ist nach einem Schlaganfall im Dezember auf dem Weg der Besserung. Ein bisschen kann sie schon wieder mitarbeiten. Die Redaktion wünscht ihr weiterhin gute Besserung!

POPULÄR GESEHEN

Offene Räume

Fußballer versiegeln die Räume, SUVs signalisieren soziale Distanz. Es wird ungemütlicher, doch wir tun uns zusammen. Wann, wenn nicht jetzt?

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova

Wer die Fußball-Weltmeisterschaft gesehen hat, hat bemerkt: Die Räume werden eng. Tag für Tag und Match für Match haben die Netzwerkanalytiker um den Soziologen Harald Katzmaier den Spielverlauf verfolgt, die Passwege dokumentiert und die Spielkombinationen ausgewertet. „Was wir beobachten konnten, war eine generelle Versiegelung des Raums“, sagt er. Über 90 Minuten wurde alles so gründlich zugestellt, dass ein kreatives Kombinieren kaum mehr möglich war. Die Basis dafür bildete eine sichtbare Aufrüstung der Körper. Bis vor wenigen Jahren schienen austrainierte Oberkörper unter Fußballern eher Ausdruck persönlicher Eitelkeit zu sein, jetzt sind sie Bestandteil der Spielausstattung. Diese Renaissance des Heldenkörpers rückt den Spielmacher als Impulsgeber in den Hintergrund. Wir haben eine in manchen Phasen äußerst brutale WM erlebt. Die Körper prallten „wie Projektile aufeinander“ (Katzmaier). Der Heldenkörper verstellt und bemächtigt sich am Fußballplatz des Raums. Auf der Straße ist auch was los. Da machen große Geländewagen den Raum dicht. Diese „Sportnutzfahrzeuge“, kurz SUVs, werden mehr und mehr. Sie sind Geländewagen ohne Gelände, erhöhte Straßenkreuzer im umkämpften Verkehrsalltag. Ich sehe viele dicke Autos durch die Straßen rollen. Ein Zusammenstoß mit den großspurigen Gefährten wird jedenfalls nicht gut für den „Gegner“ ausgehen. Der/die typische



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

SUV-FahrerIn ist etwas älter und verfügt über ein deutlich höheres Einkommen als der Durchschnitt. Die Ausbreitung von Geländewagen gerade dort, wo gar kein Gelände ist, setzt ein Zeichen. Diejenigen hinterm Lenkrad können für sich fantasieren: Ich könnte jetzt ausbrechen aus dieser Straße, wenn ich es wollte. Ich bin nicht von dieser schnöden Straßenwelt. Das SUV ist ein Abstandhalter zwischen sich und der Welt draußen, es sorgt für Abstand zwischen unten und oben. Ein Auto bemächtigt sich des Raums und signalisiert soziale Distanz.

Beide Beobachtungen sagen: Es wird ungemütlicher, härter, mit weniger Luft und weniger Raum. Aber ausgemacht ist nichts. Die Kräfte, die den Raum besetzen und den Status quo beherrschen, sind nicht automatisch stärker als jene Kräfte, die sich auf die Suche nach dem Neuen und den offenen Räumen machen. Auch wenn es gerade für kreative SpielgestalterInnen und kooperative Impulsgebende nicht so gut auszusehen scheint. Diese Taktiken des zugestellten Raumes bei gleichzeitiger sozialer Distanz haben einen erheblichen Nachteil: Wir fühlen uns von der Welt und anderen Menschen getrennt. Eines ist immer möglich: sich zusammensetzen und etwas zu wagen. Wann, wenn nicht jetzt? Es bleibt uns gar nichts anderes übrig, als Freiräume zu nützen und etwas auszuprobieren.

SONDERECHE

Kriegssprache

Über den Versuch, die Verständigung zu diskreditieren.

UM DIE ECKE GEDACHT MIT
PHILIPP SONDEREGGER
Illustration: Petja Dimitrova

Frauen-Versteher. Putin-Versteherin. Palästinenser-Versteher. „Verstehen“ ist nun endgültig als Schimpfwort in den medialen Sprachgebrauch eingegangen. In der Soziologie ist Verstehen ein umfangreich besprochener Begriff. „Menschen handeln Dingen gegenüber aufgrund der Bedeutung, die sie diesen Dingen zuschreiben, und diese Bedeutung entsteht in sozialer Interaktion“, sagte der US-Soziologe Herbert Blumer Ende der 1960er. Wer Verhaltensweisen von Menschen nachvollziehen will, muss untersuchen, welche Bedeutung Menschen oder Kollektive mit ihrem Verhalten verbinden – so wie die Erfahrungen und Interaktionen, auf denen die jeweils eingenommene Perspektive gründet.

In politischen Debatten tummeln sich Falken und Tauben. Falken trachten danach, ihre eigenen Interessen auch gegen Widerstände durchsetzen. Sie suchen keine Kompromisse und schrecken auch vor gewaltvollen Strategien nicht zurück. Sie fragen nicht und analysieren nicht, ihr Diskursverhalten dient der maximalen Umsetzung eigener Absichten.

Zwischentöne und unterschiedliche Perspektiven sind Falken ein Gräuelfeld. Konflikte erscheinen als Frage von Gut und Böse, deshalb verlangen Falken von ihrem Umfeld, sich auf (die) eine Seite zu stellen. Mediation verschleppt in ihren Augen nur Konflikte. Wirkungsvoll beigelegt werden Konflikte durch den Sieg: wenn die andere Seite aufgibt. The winner takes it all. Das

CLARTEXT



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.

gesellschaftliche Ordnungsprinzip der Falken ist die Konkurrenz. Tauben hingegen müssen sich nicht auf ganzer Linie durchsetzen. Sie sind um Ausgleich bemüht. Konflikte verstehen sie als Ausdruck unterschiedlicher Interessen in freien Gesellschaften und nicht als Folge schuldhafter Handlungen. Deshalb bemühen sie sich um eine ausgewogene Beilegung. Ein Konflikt ist dann gelöst, wenn alle Beteiligten damit gut leben können. Tauben lassen unterschiedliche Wahrheiten und gegensätzliche Standpunkte gelten. Sie wollen die Sicht aller Parteien ergründen. Ihr gesellschaftliches Organisationsprinzip ist Kooperation. Verstehen und Verständigung sind ihre Techniken der Konfliktbeilegung. Nach *Gutmensch* und *Opfer* wurde nun also auch *Versteher* zum Schimpfwort. Erneut ist es den Falken gelungen, ein Stück Sprache zu etablieren, das die Tauben diskreditiert. Die Falken wollen der Allgemeinheit ihre Rede von der einen Wahrheit und der Durchsetzung als Konfliktlösung unterjubeln. Die Ziele ihrer Angriffe sind nicht nur die jeweilige Gegenseite, sondern auch Ambivalenz und Ausgleich. In dieser Situation sind Versteher-Versteher gefragt. Menschen, die sich öffentlich zu Ausgleich und Verständigung bekennen. Stärken wir die Tauben. Gerade bei den Konflikten in der Ukraine und in Gaza ist ihre Stimme zu leise. In sozialen Medien, aber auch in der veröffentlichten Meinung in Print, Funk und Fernsehen.

My way or the highway

Wer nicht spurt: Wien-Schwechat. So funktioniert das mit der Integration?

CLARA AKINYOYOYE SAGT ES DURCH DIE BLUME. EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT UND MIGRATION. Illustration: Petja Dimitrova



Clara Akinyosoye ist langjährige Chefredakteurin von M-Media.

Auch die unangenehmen MigrantInnen haben eine Daseinsberechtigung. Abdurrahman Karayazili hat Unruhe in meine Twitter-Timeline gebracht hat – zu einer Zeit, als ich ohnehin schon an der Kippe stand. To log in or to log out – das war hier die Frage: mein Social-Media-Leben auf Eis legen, einfach eintauschen gegen Seelenfrieden? Hauptsache der schwarz-weiß malenden Israel-Propaganda entkommen und der „Nur wir sind Opfer“-Pro-Gaza-Agitation. Dann kam Abdurrahman Karayazili, und alles wurde schlimmer. Er ist Präsident der Union Europäisch-Türkischer Demokraten in Österreich, kurz UETD. Jung, patzig, aufstrebend. Karayazili verließ vor laufender Kamera beleidigt eine ORF-Diskussion und setzte sich damit freiwillig Hohn und Spott aus – selbstverständlich nicht bei seiner Anhängerschaft. Auf seiner Facebook-Seite huldigte man ihm und verteufelte die Moderatorin. Auf Menschen wie sie warte die Hölle. Sie wurde bedroht, beschimpft, aufs Übelste beleidigt. All das schien Karayazili offenbar nicht zu stören, er selbst hatte nach dem Auftritt gepostet, ein von der israelischen Lobby gesteuerter Redakteur würde der Moderatorin ins Ohr flüstern. Kritik an seinen Aussagen und denen seiner AnhängerInnen wehrte Karayazili in spätpubertierender Aggro-Manier ab. Er gab sich damit in der von JournalistInnen dominierten Twitteria vollends der Lächerlichkeit preis. Und dann kam leider, was immer kommt, wenn Migra-

tionshintergründerInnen unangenehm werden. Sie werden fremdverortet, in die Heimat der Eltern und Urgroßeltern gewünscht. Man lässt sie wissen, dass sie woanders besser aufgehoben wären, weil sie, so wie sie sind, nicht passen, nicht zu Österreich gehören. „Geh doch nach Hause“ – das kommt nicht etwa nur von rechts, es kommt von links und aus der Mitte. Twitter-Guru Rudi Fussi twitterte Karayazili und seinen Sympathisanten sei das One-Way-Ticket nach Istanbul zu schenken. Efgani Dönmez hatte vergangenes Jahr vorgeschlagen, Pro-Erdogan-DemonstrantInnen in die Türkei zurückzuschicken. Demokratie in Reinform eben. Die Botschaft ist klar: My way or the highway. Wer nicht spurt: Wien-Schwechat. Menschen mit Migrationshintergrund gehören nur so lange dazu, wie sie erwünschtes Verhalten an den Tag legen. Und was erwünscht ist, entscheidet wer? Die FPÖ, Efgani Dönmez, die Twitteria, der Integrationsminister, die Mehrheitsgesellschaft? Tut leid, aber die Guten ins Töpfchen, die Bösen ins Kröpfchen geht bei der zweiten Generation nicht. Österreich hat schon bei der Elterngeneration ausgewählt, und jetzt sind die Probleme der zweiten Generation unsere Probleme. Es sind unsere AkademikerInnen und unsere SchulabrecherInnen, unsere KulturbereicherInnen und unsere RassistInnen, unsere DemokratieverfechterInnen und unsere Autokratiefans. Mühsam? Na klar. Aber so funktioniert das mit der Integration.

POPULÄRKULTUR

FESTIVAL



Boobs and Balls

Im September ist wieder Wienwoche. 14 Gruppen zeigen ihre künstlerische und aktivistische Auseinandersetzung mit dem Thema Migration. Eine der stärksten Gestaltungskräfte in globalisierten Gesellschaften.

Am 12. September wird die Reihe in der Wiener Hofburg eröffnet. Mit dem WKR-Ball, dem *Ball des Wiener Kopulationsringes*. Das Motto lautet „Queer Boobs and Balls against

Facism“, queere Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte laden zu einem bunten Abend. Gegendemonstrationen sind wahrscheinlich, sogar mit „Demonstrationssöldnern aus Deutschland“ muss in terroristischen Zeiten wie diesen gerechnet werden.

Der Verein *Goldenes Wienerherz* stellt sich der Kriminalisierung von Armut entgegen. Derzeit werden Spenden gesammelt, um

ehemalige BettlerInnen als PromoterInnen anzustellen. Leicht erkennbar an ihrer Vereinskleidung, werden die vier bis fünf Angestellten im September Informationsbroschüren verteilen und über den Alltag von BettlerInnen informieren.

Zwölf junge Frauen erarbeiten als *Bad Weibz* Musikstücke über Hindernisse und Stolpersteine in ihrem Alltag. Unter Anleitung von professionellen Coaches komponieren, texten und choreografieren die Frauen jeweils einen Song für die Aufführung am 14. September in der Szene Wien. Die Anreise zum Konzert erfolgt mit einer eigenen Bim der Linie 71 von der Wiener Börse. Die Lieder der Frauen erzählen von wehrten Chancen und Barrieren. Zur Einstimmung führt die Bim vom Zentrum an die Peripherie. Von der Wiener Börse vorbei an den Bauten der Ringstraße hinaus durch die bürgerlichen Bezirke bis in den Arbeiter- und In-

dustriebezirk Simmering. *Gaygusuz gegen Österreich* holt historische Auseinandersetzungen um soziale und politische Rechte in den Theaterraum des Wiener Schauspielhauses: etwa den aufsehenerregenden Gang des ehemaligen Gastarbeiters Cevat Gaygusuz zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zwecks Gewährung der Notstandshilfe. Am 13. September findet die Aufführung der szenischen Erzählung statt. Mit einem Fest der Liebe bekennen sich *Love Migration* zu Liebe und Migration. Am 21. September sind alle zu einer symbolischen Massenhochzeit eingeladen, bei der buchstäblich Ja gesagt wird: zu Vielfalt, Respekt und einem gemeinsamen Miteinander, unabhängig von der Herkunft. *phs*

Wienwoche – 12.–28.
September in ganz Wien.
Info und Programm:
www.wienwoche.org

KOCHBUCH



eXotic kitchen

Schon seit Längerem veranstaltet der Prosi Exotic Supermarket, nahe der Hauptbücherei Wien gelegen, Kochkurse. 23 Rezepte aus 23 Ländern fanden nun Eingang in ein Kochbuch: Prosi eXotic kitchen verwandelt die Welt zur Küche der tausend Geschmäcker. Beatrice Achaleke und Marcus Rocki haben die Texte für das Buch verfasst und versprechen „tolle Momente für Sie und für die Menschen, die Sie lieben“. Zum Beispiel auf äthiopisch: Ingera mit Kürbis-Wot und Rote-Linsen-Wot. Mehl und Maismehl liefern den Teig für die Fladen, dazu werden Kürbisstücke mit

Linsen, Zwiebel, Paprika und Ingera verkocht. Kürbis-Wot, erklärt Köchin Helen, ist das Nationalgericht Äthiopiens. Die Nachspeise könnte Brasilien servieren: Maniok-Kokoskuchen & Maracuja-Mousse. In der eXotic kitchen ist natürlich auch Österreich vertreten: Hier wird Schweinsbraten mit Semmelknödel aufgetischt, und zur Vorspeise Leberknödelsuppe. Als zweites europäisches Land ist neben Österreich die Türkei vertreten, mit Zuchinipuffern als Teaser, gefüllten Melanzani als Hauptspeise und gebackenem Topfen als Nachspeise. Die Idee von Prosi, Lebensmit-

tel aus Afrika, Amerika und Asien in einem Supermarkt zu sammeln, findet sich in diesem Kochbuch wieder. Dazu die Idee von Kochen als sozialem Ereignis. Die Interviews mit den KöchInnen – alle Texte sind übrigens auf Deutsch und Englisch – erzählen davon, welche Wertigkeit das gemeinsame Essen in vielen Gesellschaften hat. *gun*

Prosi eXotic kitchen – the perfect reason to cook

Konzept: Beatrice Achaleke, Roland Grafl

Verlag: diaspora edition
98 Seiten, 19,90 Euro

(1 Euro geht an Prosi-Charity)

SPOTLIGHT

Viel in Bewegung

Der Filmemacher Gerald Igor Hauzenberger arbeitet nach seinem vielbeachteten Dokumentarfilm „Der Prozess“ an einem neuen Projekt: In „Last Shelter“ werden die Vorgänge rund um die Refugee-Bewegung beleuchtet.

TEXT: GUNNAR LANDSGESELL

In der Votivkirche bei null Grad zu schlafen, das hat mir damals auch geholfen, von dem runterzukommen, was mich damals bewegt hat“, erzählt Gerald Igor Hauzenberger. Das war um die Jahreswende 2012/2013, der Filmemacher hatte sich zu jenen Flüchtlingen gesellt, die zuvor in einem aufsehenerregenden Marsch von Traiskirchen nach Wien gezogen sind. Es ging darum, Missstände anzuprangern und für eigene Rechte aufzutreten. Als Hauzenberger am nächsten Morgen erwachte, fand er ein seltsames Szenario vor, er erinnert sich: Motive der Türkenbelagerung von den Kirchenfenstern projizierten sich durch die Morgensonne auf die schlafenden Flüchtlinge. Auch ein Hakenkreuz tauchte auf, nach 1945 hatte man mit den bunten Glasfenstern einiges an historischen Ereignissen in der Kirche verewigt. Etwa Franz Jägerstätter, der sich dem NS-Regime widersetzte. Dem Regisseur erschien die Votivkirche mit einem Mal als filmischster Raum überhaupt: Österreichische Geschichte und Flüchtlinge überlagerten sich auf eine Weise, die Hauzenberger an Foucaults Gedanken der Heterotopie erinnerten: einen Raum, in dem die normale symbolische Ordnung verloren wurde und in eine neue übergegangen ist. Seit damals arbeitet Hauzenberger an seinem jüngsten Dokumentarfilm mit Arbeitstitel: „Last Shelter“. Es geht um die erste Flüchtlingsbewegung in Österreich, die sich offen artikuliert hat und damit auch ein gewisses Risiko eingegangen ist. Wer sich als politisches Subjekt exponiert, so die Sorge der AktivistInnen, der könnte auch seine geringen Chancen auf Asyl ver-



Gratwanderungen eines politischen Filmemachers: Zwischen Sympathie und kritischer Distanz.

spielen. Mittlerweile wurden tatsächlich einige der ursprünglich 65 größtenteils aus dem Grenzland von Pakistan und Afghanistan kommenden Flüchtlinge abgeschoben. Für jene, die noch in Österreich sind, gab es aber bislang vielfach positive Entschiede. Das sei bemerkenswert, so Hauzenberger, denn für Flüchtlinge aus Pakistan lag die Anerkennungsquote zuvor bei lediglich einem Prozent. Auch wenn sich die AktivistInnengruppe in Österreich wieder zerstreut und auch einige interne Gräben hinterlassen hat, setzen sich Proteste auf europäischer Ebene fort. Hauzenberger war dabei, als im Juni Flüchtlinge in Brüssel auf die Straße gingen. Etwa 400 Menschen waren am Ende versammelt, sie waren über mehrere Wochen aus verschiedenen europäischen Städten auf ihrem „Freedom March“ ins Zentrum der EU gewandert.

Dass mit den Refugees auch das Asylsystem in Österreich ins Zentrum rückt, war Hauzenberger klar. Zwischen Anteilnahme für die betroffenen Menschen und der nötigen Distanz sei es kein leichter Weg: „Ich sehe mich natürlich solidarisch, mich interessieren die Menschen in dieser Situation, in der sie sehr angreifbar sind. Ich möchte aber auch keinen Film machen, der so aussieht wie ein Klingelbeutel der Solidarität, wo das Kino so politisch wird, dass es nur noch um eine bedingungslose Haltung geht.“

Erfahrung mit einem ebenfalls sehr politischen Projekt konnte der 1968 in Oberösterreich geborene Regisseur bereits mit seinem Film davor machen. „Der Prozess“ folgte dem höchst umstrittenen TierschützerInnenprozess in Wiener Neustadt und machte einige der Schwachstellen des Polizei- und Justizsystems sichtbar. Wie verkorkst die langen Ermittlungen und das Verfahren gegen die Angeklagten waren, zeigte sich, als der Prozess neuerlich aufgerollt wurde. Innerhalb weniger Tage standen die Freisprüche fest. Dass eine kritische Medienöffentlichkeit und auch sein Film Systemänderungen stimuliert haben, davon ist Hauzenberger überzeugt. Sowohl in der Gesetzgebung wie auch in der Wahrnehmung gegenüber der Zivilgesellschaft habe sich einiges getan. Wie die derzeit noch laufenden Verfahren gegen jene Flüchtlinge, gegen die die Polizei den Vorwurf der Schlepperei erhoben hat, ausgehen, ist offen. Die Anklage ist bislang laut Prozessbeobachtern wenig überzeugend. Der politische Dokumentarfilm „Last Shelter“ dürfte bis Jahresende fertiggestellt sein.

POPULÄRKULTUR

BUCH



Steuergerechtigkeit in der Globalisierung

1997 wurde in Deutschland die Vermögenssteuer abgeschafft. Viel hätte diese Steuer ohnehin nicht eingebracht, sagen heute SteuergegnerInnen. Die Buch-

autorin kommt zu genaueren Ergebnissen: Sie listet auf, dass für die Bemessung des Grundvermögens die Einheitswerte aus dem Jahr 1964 in West- und aus dem Jahr 1935 in Ostdeutschland galten. Geldanlagen wurden, wie Liebert schreibt, vor dem Fiskus verborgen. Der Verzicht auf Reichensteuern komme deshalb einer Kapitulation des Nationalstaates gleich. Das Argument, dass man, ähnlich wie bei der Kapitalertragsteuer, Steuerflucht eben verhindern müsse, lässt sie nicht gelten. Es gehe um einen Kampf um Budgeteinnahmen und nicht um den Verzicht auf Steuern. 5,6 Milliarden Euro habe die Vermögenssteuer trotz der Mindereinnahmen gebracht. Das Buch der freien Wirtschaftsjournalistin Nicola Lie-

bert ist eine gute Mischung aus knapp gehaltener, sachlicher Argumentation und einer sichtbaren Haltung der Autorin selbst. Schon der Untertitel „Wie die steuerpolitische Umverteilung von unten nach oben gestoppt werden kann“ macht das deutlich. Dass es sich hier um eine überarbeitete Dissertation handelt, würde man nicht vermuten, denn das Buch ist in bester angelsächsischer Manier verständlich und interessant geschrieben. Einem Vergleich des deutschen Steuersystems mit internationalen Modellen folgen jene Themen, die die Steuerdebatte befeuern. Das Finanzverhalten von Konzernen, Steuerflucht und Steuersparmodelle, der Missbrauch von Lizenzgebühren, die seltsame Logik des Steuerwettbewerbs usw. Vor-

schläge, wie der Gesetzgeber gegen große Unternehmenspraktiken aktiv werden könnte, enthält einem Liebert nicht vor. Und das ist gut so, denn mit diesen Kapiteln gewinnt das Buch zudem an diskursiver Stärke. Fazit: Dröger Titel, graues Cover, aber spannende Publikation. Deshalb hier auch nochmal eine Rezension, auch wenn das Buch schon 2011 erschienen ist. *red*

Steuergerechtigkeit in der Globalisierung

Nicola Liebert
Westfälisches Dampfboot
330 Seiten, 29,90 Euro

FILM



Global Shopping Village

Stadtzentren veröden in österreichischen Kleinstädten, oder werden in Großstädten wie Wien zu Luxusmeilen ausgebaut, man denke an das Gol-

dene Quartier des „Masterminds“ Rene Benko. Konsum findet also vor allem an den Peripherien statt, dort, wo Shopping Center die Massen anziehen. Warum ausgerechnet Malls so viel Leben aufsaugen, welche Versprechungen sie machen, wie die konzeptionellen Ideen dahinter aussehen, aber auch, wie Shopping Center mit Finanzmärkten in Verbindung stehen, das versucht der Dokumentarfilm „Global Shopping Village“ herauszufinden. Für ihren ersten Langfilm „Natasha“ hatte die Filmemacherin

Ulli Gladik eine Roma-Angehörige aus Bulgarien fast zwei Jahre lang begleitet, die regelmäßig nach Österreich kommt, um durch Betteln ihre Familie zu Hause zu ernähren. Nun interessiert sich Gladik für die Facetten des Konsums, seine nicht unbedingt glamourösen Hauptschauplätze und seine ProtagonistInnen. In einem Interview meinte sie: „Die Jugend geht wohl dahin, wo etwas los ist, und wenn das Angebot in einer Stadt aus einem Trachtenmodengeschäft, einem Bioladen und einem Orthopädiebedarf besteht, das Kino und McDonalds aber im Einkaufszentrum sind, dann treffen sich die Jugendlichen natürlich eher dort.“

Abgesehen davon, dass Jugendliche in und um Malls abhängen, weil sie dort fehlende Freiräume finden, werden über die Einkaufszentren aber auch ökologische (die Autofahrt dorthin) und ökonomische Fragen (etwa die der Produktionshintergründe) entschieden. Gladik glaubt, dass jede Einkaufsrechnung wie ein Stimmzettel sei, bei dem man sich für faire und nachhaltige Produktionsweisen entschieden hat, oder dagegen. Für die Absolventin der Akademie der Bildenden Künste ist „Global Shopping Center“ der zweite Kinofilm. Der Kinostart ist im Verleih Polyfilm für 24. Oktober geplant. *red*

POPULÄRKULTUR

BUCH

Falsches Schulsystem

Die MigrantInnen sind schuld. Die ziehen das Niveau nach unten. Die können kein Deutsch und wollen sich nicht bilden. Sagt die FPÖ, wenn es um Probleme im Bildungsbereich geht. Wir müssen einen schulischen Einheitsbrei und „Zwangstagschulen“ verhindern. Sagen Teile der ÖVP, wenn es um die Abwehr grundlegender Schulreformen geht. Der Befund von Bildungsexpertin Heidi Schrodts sieht ganz anders aus. Probleme im Bildungsbereich gibt es eine Menge, aber der Grund dafür sind nicht die Kinder oder ihre Eltern, sondern ein Bildungssystem, das der Realität hinterherhinkt und gnadenlos soziale und sprachliche Selektion betreibt. Erfolgreiche Bildungsarbeit wird dort geleistet, wo DirektorInnen und LehrerInnen nicht im vorgegebenen Strom fließen, sondern mit viel Engagement und Kreativität dagegenhalten. Unser Schulsystem will ausgetrickt werden, um zu funktionieren. Schrodts bringt Beispiele für erfolgreiche Kindergärten und Schulen, wo nicht Defizite im Vordergrund stehen, keine Monolingualität gelebt wird und knappe Ressourcen klug eingesetzt werden. An diesen Orten werden, so Schrodts, Eltern nicht misstrauisch nach ihrer Herkunft beäugt, sondern einfühlsam eingebunden. Die Autorin zeigt auf, dass gute Bildung nicht von der Erstsprache der Kinder oder dem Einkommen der Eltern abhängen muss. Sie weist aber auch darauf hin, dass es dazu gravierende Änderungen braucht. Sie nennt

Maßnahmen, die rasch umgesetzt werden können, und auch welche, die einen größeren Umbau des Schulsystems erfordern. Etwa nach dem Beispiel Polens, wo der Schulsystemwechsel gelang. Und sie outet sich als Fan der Schulautonomie, wie sie in Schweden gelebt wird. Ganztagschulen sind für Schrodts ebenso eine Selbstverständlichkeit wie ein Ende der Frühselektion. Das Verbot von Muttersprachverboten in Schulen fordert sie auch. Schrodts Buch ist eine aufschlussreiche Lektüre für alle, denen die Chancen und Perspektiven aller Kinder und Jugendlichen, die österreichische Schulen besuchen, am Herzen liegen. apo

Heidi Schrodts
Sehr gut oder Nicht genügend?
 Schule und Migration in Österreich
 Molden Verlag
 208 Seiten, 19,99 Euro



Foto: Bernhard Spindler

LISTEN

2 X 5 DINGE UND SONST?

Ion Păun lebt seit 7 Jahren in Wien. Seit 4 Jahren verkauft er das MO Magazin, meist vor einem Billa in der Margaretenstraße. Alle 3 Monate fährt er nach Titesti, in das rumänische Dorf, in dem der 50-Jährige aufgewachsen ist. Dort leben 4 seiner 5 Töchter.

5 Dinge, die mir in Wien gefallen:

- 1 die Leute, die freundlich zu mir sind
- 2 wenn Leute mir eine Zeitung abkaufen
- 3 die Zahnarzt-Praxis im Neuner-Haus
- 4 der schöne Platz und der Park vor dem Wiener Rathaus
- 5 Käsleberkässemeln

5 Dinge, die mir in Wien nicht so gut gefallen:

- 1 selbsternannte Ordnungshüter, die glauben, mich vertreiben zu dürfen
- 2 dass ich keine Chance auf eine andere Arbeit bekomme
- 3 wenn meine Frau Probleme mit dem Herz hat und ich nicht weiß wohin
- 4 wenn mir die Polizei mein Geld wegnimmt und ich nicht weiß wieso
- 5 dass ich so weit weg von meinen Kindern und Freunden bin

Und sonst?

Mein größter Wunsch ist, dass meine Familie immer einen Platz zum Schlafen und was zum Essen hat.

RECHT

Damit wir uns weiterhin
für die Rechte aller Menschen
einsetzen können:

PSK 91000590, BLZ 60000

JETZT
ONLINE
SPENDEN

www.sicherspenden.at/sosmitmensch

DANKE!



Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

www.sosmitmensch.at

DEMOKRATIE

Zehn Fragen an den Verfassungsschutz

Für 2015 hat Innenministerin Mikl-Leitner eine Neuausrichtung des Verfassungsschutzes angekündigt. SOS Mitmensch hat aus diesem Anlass eine Reihe von Fragen an das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) gerichtet.

Wir wollen etwa wissen, warum Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit im Verfassungsschutzbericht nicht als Herausforderungen für die Demokratie ge-

nannt werden. Wir wollen auch wissen, warum verhetzende und demokratiefeindliche Aktivitäten in und rund um Parteien vom Verfassungsschutz systematisch ausgeblendet werden. Und wir stellen die Frage, warum es bis dato keine Ausstiegsprogramme für ExtremistInnen gibt.

Unsere insgesamt zehn Fragen sollen dazu beitragen, Lücken im Verfassungsschutz aufzuzeigen und Intransparenz zu beseitigen.



Rassismus, Antisemitismus fehlen.

UNTERSTÜTZUNGSAUFRUF

Pflegeeltern für 13-jährigen afghanischen Waisenjungen gesucht



Damit der 13-jährige afghanische Waisenjunge Jazdan zu seinem Bruder nach Österreich kommen kann, braucht er die Hilfe von österreichischen Pflegeeltern. SOS Mit-

mensch startet einen Unterstützungsaufwurf. Kaum auf der Welt, wurde Jazdan zum ersten Mal Waise, als seine Mutter bei der Geburt verstarb. Daraufhin wurde er von Familie B. aufgenommen. Doch als Jazdan zwei Jahre alt war, musste die Familie aus ihrem Haus in Afghanistan fliehen. Jazdans großer Halbbruder Ali schaffte es in einer waghalsigen Flucht nach Österreich. Er erhielt Schutz und ihm gelang ein kleines Bildungswunder. Obwohl er zuvor nie lesen gelernt hatte, machte Ali in Wien den Hauptschulabschluss und schaffte den Einstieg in eine Installateurslehre. Jetzt kämpft Ali nach dem Tod seiner El-

tern darum, dass sein Bruder Jazdan zu ihm kommen kann. Das österreichische Asylgesetz sieht keine Familienzusammenführung zwischen Geschwistern vor, auch dann nicht, wenn es sich um Waisen handelt. Daher brauchen Ali und Jazdan die Hilfe österreichischer Pflegeeltern.

Wer sich vorstellen kann, die Pflegeelternschaft für den 13-jährigen Waisenjungen zu übernehmen, möge bitte unverbindlich unter dem Kennwort „Jazdan“ eine Nachricht an office@sosmitmensch.at schicken. SOS Mitmensch wird mit allen, die sich melden, in Kontakt treten. Danke für Ihre Hilfsbereitschaft!

Türkisch als Maturafach!

Seit Jahren schiebt die Bildungspolitik die Erweiterung des Sprachenlehrplans auf die lange Bank. SOS Mitmensch hat diesen Stillstand mit einer Umfrage unter AHS-DirektorInnen aufgebrochen. Drei Viertel haben sich für Türkisch als Sprachenmaturafach ausgesprochen. Jetzt ist die Bildungsministerin am Zug, rasch zu handeln.

Kein Freibrief für „milde Hetze“

Nach der Entscheidung der Staatsanwaltschaft, Andreas Mölzer wegen seiner rassistischen Aussagen nicht anzuklagen, warnt SOS Mitmensch davor, die Verhetzungsschwelle so hoch anzusetzen, dass nur noch Brachialhetze geahndet wird. Rassistische Hetze hat fatale Folgen. Sie darf in keiner Ausformung und Intensität bagatellisiert werden.

Demontage von Gedenken bekämpfen

SOS Mitmensch unterstützt die Petition der Initiative „Erinnern Graz“, die gegen die von FPÖ-Seite initiierte Demontage von Gedenktafeln über die NS-Zeit eintritt. Es geht um die Erhaltung eines kritischen Vergangenheits- und Gegenwartsbewusstseins: <http://erinnern-graz.at/>



„63 Jahre danach“ von Jochen Gerz.

ANDERE ÜBER ...

Einzelmasken als Gefahr?

Der Grünen-Politiker Efgani Dönmez tappt selbst in die Falle rechter Rhetorik, wenn er vollverschleierten Frauen die Sozialleistungen verweigern will.

Ein Kommentar von Amira Hafner- Al Jabaji



Illustration: Petja Dimitrova

Was der Grünen-Abgeordnete Efgani Dönmez auf seiner Internetseite über die Vollverschleierung – er nennt sie verkürzt „Burka“ – schreibt, liest sich wie ein Lehrstück für eine dialektische Erörterung. So schreibt er: „Kleidervorschriften sollten generell kein Thema in der österreichischen Politik sein.“ Genau dazu trägt er aber mit seinen Äußerungen erheblich bei, erklärt er doch das Tragen einer Burka nicht nur zu einem integrationspolitischen, sondern explizit auch zu einem frauen- und sozialpolitischen Thema. Des Weiteren stellt er fest, dass die wenigen Burka tragenden Frauen „uns als Gesellschaft kaum Sorgen bereiten“, nur um kurz darauf zu erklären, was politisch gegen sie zu unternehmen sei. Das ist ebenso fragwürdig, wie mit Recht zu konstatieren, dass „das eigentliche Problem bei den patriarchal geprägten Männern liege“, um dann wiederum die (vermeintliche) Lösung bei den Frauen zu suchen. Dass Dönmez die Burka-Diskussion nicht über die Religionschiene, nicht über „den Islam“ abhandeln möchte, ist ihm zugute zu halten. Doch auch da wird es widersprüchlich. Aussagen wie „Die Burka an sich hat mit dem Islam an sich absolut nichts zu tun“ wirken in ihr Gegenteil verkehrt. So wie der berühmte weiße Elefant, an den man jetzt auf gar keinen Fall denken sollte. Die Forderung, die Burka-Debatte keinesfalls der FPÖ zu überlassen, klingt plausibel und ist gerechtfertigt. Markante Unterschiede zur rechts-populistischen Rhetorik und Argumentation sind bei Dönmez selbst aber kaum festzustellen. Auch er bedient sich gängiger Klischees wie dem vom Frauen unterdrückenden, patriarchalen Islam sowie der Vorstellung, eine Frau sei dann befreit, wenn sie sich des Vollscheiers entledigt habe. Wie rechte Politiker und Politikerinnen verlangt auch Dönmez eine Anpassung an die Mehrheitsgesellschaft. Und er spricht den Burka tragenden Frauen das Recht ab, ein Zeichen zu setzen gegen diese

Gesellschaft, zu der sie nicht – bedingungslos – gehören wollen. In der Konsequenz sollen sie dann aber auch nicht beliebig Nutznießerinnen dieser Gesellschaft sein dürfen und keine Sozialleistungen erhalten, insbesondere dann nicht, wenn durch die Burka die Arbeitsmarkttauglichkeit der Frau reduziert ist. Letzteres Argument mutet durch und durch wie neoliberales Gedankengut an. Da stellt sich die Frage, ob man im Falle eines Punks, der ja dezidiert ein Zeichen gegen diese Gesellschaft setzt und durch seine äußere Erscheinung unter Umständen nicht minder arbeitsmarktuntauglich ist, zum selben Schluss kommen würde, ihm oder ihr gegebenenfalls auch die Sozialhilfe zu entziehen. Eine links-liberale Argumentation in der Burkafrage, die die Geschlechtergleichheit und feministische Anliegen berücksichtigt, muss anders aussehen. Die Selbstbestimmung der Frau und jedes Individuums, gerade in privaten Angelegenheiten der Kleidung, muss auch für Burkaträgerinnen gelten. Eine paternalistische Haltung, die vorgibt, wir „befreiten“ Europäerinnen müssten anderen Frauen unsere Lebensweise aufzwingen, sehe ich nicht mit Frauenrechten vereinbar. Zudem muss eine Gesellschaft, die sich als liberal versteht, auch individuelle Entscheidungen aushalten können, die nicht dem Mehrheitsgeschmack entsprechen, insbesondere dann, wenn es nur um „Einzelmasken“ geht. Im Grundsatz plädiere ich keineswegs – weder aus islamischer noch aus frauenrechtlicher oder sozialer Sicht – für die Vollverschleierung. Im Gegenteil bin ich der Ansicht, dass es eine Pflicht gibt, dass alle Menschen im öffentlichen Raum identifizierbar sein sollen. Wie dringlich die Durchsetzung dieser Pflicht in unserer Gesellschaft ist und ob der politische Diskurs notwendigerweise mit islamophoben Reflexen, Kulturüberlegenheit, Anpassungsdruck und sozialer Bestrafung einhergehen muss, dahinter mache ich ein großes Fragezeichen.

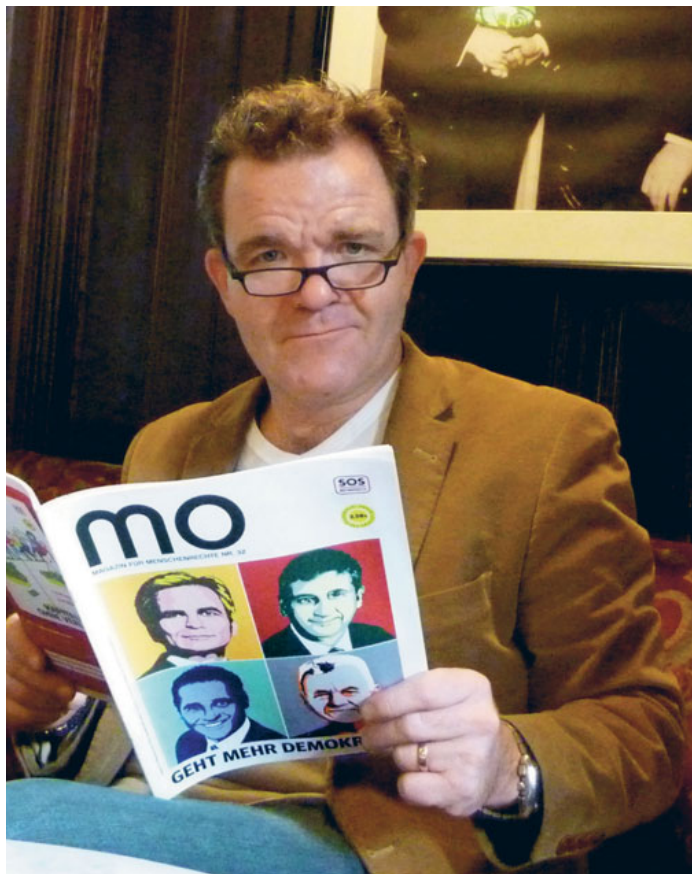
ZUR PERSON

Amira Hafner- Al Jabaji

Amira Hafner- Al Jabaji, 1971 in Bern geboren, ist Islamwissenschaftlerin und Publizistin. Zu ihren Schwerpunkten zählt die Genderperspektive im Islam. Al Jabaji ist Präsidentin des Interreligiösen Think Tanks in der Schweiz, der sich für den Dialog zwischen den Religionen einsetzt.

**„Menschenrechte gehen
uns alle an. Mir ist die
unabhängige Aufbereitung
von Menschenrechtsthemen
im MO-Magazin von SOS
Mitmensch 86 Euro im
Jahr wert. Ihnen auch?“**

Cornelius Obonya



ABO-BESTELLUNG

MO – Soliabo - 4x jährlich MO lesen um 86 Euro

ZAHLUNGSART

Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich)

IBAN

BIC

Vorname, Name

e-mail

Zahlschein

LIEFERADRESSE

Vorname, Name

Adresse

PLZ | Stadt

e-mail

E-Mail abo@momagazin.at

Fax 01/524 99 00-9

Post SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien



**MO – Die Menschenrechte
im Auge behalten!**



PKP BBDO

Mit freundlicher Unterstützung von Vienna Paint und adb.

WENN WERTE MIT FÜSSEN GETRETEN WERDEN, TRETEN WIR FÜR SIE EIN.

Unterstützen Sie uns mit Ihrer Spende! SOS Mitmensch setzt sich lautstark, tatkräftig und unabhängig für Gleichberechtigung, Chancengleichheit und die Würde aller Menschen ein. Danke für Ihre Mithilfe.
IBAN: AT 876 000 000 091 000 590 | BIC: OPSKATWW Mehr Informationen unter www.sosmitmensch.at

SOS Mitmensch ist Trägerin des Spendengütesiegels und finanziert sich ausschließlich durch private Spenden.

